

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Schriftleiter:
Eric Nifringhaus, Berlin.
Verlagspreis: Zwei Mark 4296/4296



Abdruck für Verlag und Verbreitung:
Berlin O 2 61, Dohna-Strasse, Post 6
Druckverlag: Copaldruck

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung erlaubt. Abdruckung bedarf 4 Wochen
vor dem Erscheinen, wenn nicht anders bestimmt ist. Abdruckung im Falle des Todes.

Berlin, den 22. Mai 1930

Der europäische Bund.

von Rudolf Breitscheid.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Man mag zu den Einzelheiten der Denkschrift des französischen Aussenministers stehen wie man will, die Tatsache bleibt, dass hier zum ersten Mal ein verantwortlicher europäischer Staatsmann die Initiative ergriffen hat, um eine Besprechung der Regierungen über eine Vereinheitlichung unseres Kontinent herbeizuführen. Damit ist das in den letzten Jahren so viel diskutierte Thema aus dem Bericht der Erörterungen privater Organisationen herausgehoben und zu einer Angelegenheit der Staaten und ihrer Lenker gemacht worden. Briands Verdienst ist gross und unvergänglich, und wenn sich zunächst auch der Verwirklichung seiner Idee noch grosse Schwierigkeiten entgegenstellen mögen, so wird ihm doch die Nachwelt das Lob nicht vorenthalten können, dass er als erster den grossen Wurf gemacht hat, dass er einen Stein ins Rollen gebracht hat, der nicht mehr aufzuhalten ist.

Selbstverständlich hat auf allen Seiten sofort die Kritik eingesetzt und es werden die Bedenken vorgetragen, auf die ein so weit ausschauender Plan ganz naturgemäss stossen muss. Da melden sich in erster Linie diejenigen, die jedem neuen Gedanken mit Misstrauen begegnen und es sich in ihrer eigenen Geistessträgheit nicht vorzustellen vermögen, dass irgend etwas in der Welt durch einen kühnen Entschluss zu ändern sei. Was sie vorbringen ist im Grunde nicht neu. Es sind zum grössten Teil dieselben Argumente, die vorgetragen wurden, als zuerst die Idee des Völkerbundes auftauchte. Und doch ist dieser Völkerbund geworden, und wenn er heute noch nicht die Gestalt angenommen hat, die wir ihm gegeben sehen möchten und wenn er noch nicht so arbeitet, wie es wünschenswert wäre, so wird kein ehrlich Denkender bestreiten, dass sein Vorhandensein einen Fortschritt gegenüber dem früheren mehr oder weniger anarchischen Zustand der Welt bedeutet.

Dann kommen die anderen, die dem französischen Aussenminister irgendwelch dunkelen, für die anderen Nationen und namentlich für Deutschland gefährlichen Nebenabsichten nachsagen. Nun mag es richtig sein, dass Herr Briand bei der Aufstellung seines Programms Franzose geblieben ist und dem französischen Standpunkt Rechnung getragen hat. Er spricht in der Tat ein wenig viel von Sicherheit und wir wissen, welche Auslegung dieses Wort in Frankreich findet. Aber die Denkschrift soll ja nicht etwa die Verfassungsurkunde der geeinigten Staaten von Europa werden, sie ist nicht mehr als eine Anregung zur Diskussion und wenn die Regierungsvertreter, wie beabsichtigt ist, in Genf zusammenkommen so haben sie ja Gelegenheit, ihre eigenen Wünsche und Forderungen auszusprechen und dem zu errichtenden Gebäude ein Fundament zu geben, mit dem alle einverstanden sein können, und durch das der Verdacht zerstört wird, als solle hier etwas geschaffen werden, das die französische Vorherrschaft in Europa auf alle Zeiten sichere. Entweder ist der Gedanke an und für sich gut oder mindestens erwägenswert, dann soll man seine Bereitschaft zur Teilnahme an den Ver-

handlungen - wenn auch unter Anmeldung von Vorbehalten - erklären, oder man hält ihn für falsch, dann soll man von vornherein ablehnen, ohne sein Nein mit kleineren oder grösseren Fehlern des ersten Entwurfs zu begründen.

Sicher sind Vorbehalte am Platze, und der wichtigste bezieht sich auf das Problem des Verhältnisses zwischen der neuen Organisation und dem Völkerbund. Sie soll nach dem Vorschlag Briands innerhalb des Völkerbunds stehen. Aber die Frage lässt sich nicht abweisen, ob der Völkerbund in seiner Bedeutung nicht doch durch einen Bund der europäischen Staaten innerhalb seines Rahmens geschwächt würde. Und wenn nun gar, wie angeregt wird, in späterer Zeit ein besonderes europäisches Sekretariat neben das Völkerbundssekretariat gesetzt werden sollte, so könnten ausserdem Reibungen und Konflikte entstehen, die der Sache des einen Verbandes sowohl wie der des anderen höchst abträglich sein würden.

Schon jetzt treffen sich ja mindestens einmal im Jahr die europäischen Staatsmänner auf den Völkerbundsversammlungen in Genf, und sie haben dort die Möglichkeit, ihre besonderen Angelegenheiten untereinander zu besprechen. Nach unserer Überzeugung wäre es gut, wenn diesen Konferenzen eine festere und umfassendere Grundlage gegeben werden könnte. Indessen wird man Sorge zu tragen haben, dass darunter die Behandlung der die ganze Welt angehenden Angelegenheiten nicht leidet, und dass die besondere Betonung der europäischen Fragen die auss europäischen Nationen nicht verstimmt und unlustig werden lässt. Über diese Bedenken wird jedoch bei gutem Willen hinwegzukommen sein um so mehr, als sich annehmen lässt, dass sie von allen Beteiligten geteilt werden. Sehr viel hängt davon ab, wie eng und wie weit die Grenzen der Betätigung des europäischen Bundes gezogen werden sollen, und erfreulicherweise ist der Briand'sche Vorschlag nicht durch Starrheit gekennzeichnet. Es lässt sich ohne weiteres voraussehen, dass die Organisation, wenn sie überhaupt zustandekommt, wenigstens fürs erste nicht nur sehr locker, sondern auch in ihrem Betätigungsgebiet recht beschränkt sein wird. Der französische Aussenminister selbst lehnt ja ausdrücklich den Gedanken der Vereinigten Staaten von Europa, etwa nach dem Muster von Nordamerika, ab. Er spricht von einer Vereinheitlichung und nicht von einer Eini-gung. Die Vereinheitlichung soll, wie er sagt, die Souveränität und die vollkommen politische Unabhängigkeit der einzelnen Staaten nicht beeinträchtigen, wobei nur zu bemerken wäre, dass es zweckmässiger sein würde, von der einzelstaatlichen Souveränität auf dem Gebiete des Völkerrechts nicht mehr zu sprechen, da sie nicht mehr besteht, wenn Regierungen sich durch Verträge zu einverständlichem Handeln und Unterlassen vereinigen. Ausserdem kann sofort der Einwand erhoben werden, dass beispielsweise Deutschland über diese Souveränität schon deshalb nicht mehr verfügt, weil es sich Vorschriften über seine Rüstungspolitik hat unterwerfen müssen, ohne dass die andren Staaten bisher den im Versailler Vertrag und im Völkerbundspakt vorgezeichneten Weg der Abrüstung betreten haben. Uns scheint eine der Voraussetzungen des Zustandekommens einer europäischen Union jedenfalls die Herstellung einer zu mindesten annähernden Gleichberechtigung und Gleichheit auf diesem Gebiete zu sein.

Dies alles kann auf der vorgesehenen Konferenz besprochen werden. Das Wichtigste bleibt uns jedenfalls die Idee als solche, weil, wenn der gegenwärtigen politischen Zerrissenheit Europas kein Ende gemacht wird, die kulturelle Zukunft dieses Kontinents aufs schwerste bedroht ist. Dafür sollte auch England Verständnis besitzen, das mit Rücksicht auf den Charakter seines Weltréichs dem Briand'schen Projekt einstweilen sehr skeptisch gegenübersteht. Wir haben jedenfalls von der Regierung Brüning zu verlangen, dass sie die Denkschrift wohlwollend prüft und zu den Schlüssen kommt, die die politische Vernunft erfordert. Auch dann, wenn sie dadurch zu ihrer nationalistischen Hilfsgruppe in Gegensatz gelangen sollte.

SPD. Haifa, Mitte Mai (Eig. Bericht)

Ein merkwürdiger Zufall hat es gewollt, dass die Rückkehr der ägyptischen Delegation nach Kairo und die Heimreise der palästinensischen Araber mit den stürmischen Ereignissen in Indien zeitlich zusammenfallen. Tatsächlich bestehen zwischen diesen drei Vorgängen viel stärkere innere Beziehungen als es nach aussen hin scheint. Sie sind die ersten Symptome für den Beginn einer Kooperation von verschiedenen Zentren der islamischen Welt zu bestimmten politischen Zwecken. Zwar trägt die Bewegung vorläufig noch einen mehr akademischen Charakter, aber zwischen den jüngeren Elementen der nationalen Bewegung, die politisch viel aktiver eingestellt sind, als die älteren gegenwärtig am Ruder befindlichen Persönlichkeiten spinnen sich bereits Fäden zu einer konkreten Zusammenarbeit. Diese Bemühungen werden früher oder später als realpolitische Faktoren in Erscheinung treten und fraglos die Stellung der asiatischen Mohammedaner zu England in gewissen Augenblicken entscheidend beeinflussen.

Obwohl keine offiziellen Beziehungen zwischen den Ägyptern und Palästinensern in London bestanden haben, sind die Konturen einer islamischen Einheitsfront dennoch bereits sichtbar geworden, die in der Hauptsache durch die vom Allindischen Mohammedanischen Kongress zu Gunsten ihrer Glaubensgenossen in Palästina angenommenen Resolutionen geschaffen worden ist. Diese Erklärungen haben eine um so grössere Bedeutung, weil sich die Mehrzahl der indischen Anhänger des Islam loyal verhält und weil England bei der gespannten Lage in Indien augenblicklich sehr stark auf ihre Freundschaft angewiesen ist.

Unter solchen Umständen ist es nicht auffallend, dass die Palästinenser unmittelbar nach dem Aufbruch der Ägypter ihre Koffer gepackt haben. In der Art wie die Einen und wie die Andern ihre Beziehungen zum Foreign Office gelöst haben, besteht allerdings ein grundlegender Unterschied. Die Ägypter haben hierbei ein grösseres Mass politischer Reife gezeigt, da sie in diesen Dingen die grössere Erfahrung und die ältere Kultur besitzen und da für sie bei einem Bruch mit England viel mehr auf dem Spiel steht. Sie sind entschlossen, die Spanne bis zur völligen Erfüllung ihrer Wünsche durch einen Aufbau ihrer Wirtschaft zur Vorbereitung ihrer nationalen Unabhängigkeit auszufüllen, während die Palästinenser nach der Zurückweisung einer Reihe von unerfüllbaren Forderungen mit der Entfaltung einer nationalen Volksbewegung gedroht haben. Sie hoffen, dass die Entfaltung der politischen Leidenschaften in Palästina England zu grösserer Nachgiebigkeit zwingen wird. Unter solchen Umständen ist eine Wiederkehr von Vorgängen, die das Vorspiel zu den blutigen Tagen des vorjährigen August gebildet haben, keineswegs ein Ding der Unmöglichkeit.

Die Ereignisse in Indien sind auf die radikalen Elemente des vorderasiatischen Nationalismus nicht ohne Wirkung geblieben. Auch in Palästina sind Anzeichen dafür vorhanden, dass die Luft sich wieder mit Spannung zu laden beginnt und Heissporne versuchen wollen, die Rückkehr der Delegation zum Anlass von Streiks und Kundgebungen zu nehmen, an deren Ende gewöhnlich Blut zu fließen pflegt. Zu welchen Konsequenzen diese Absichten führen werden, hängt wie bei den letzten Unruhen auch diesmal von dem guten Willen und der Entschlossenheit der palästinensischen Regierung ab.

SPD. In der österreichischen Republik ist eine krisenhafte Zuspitzung eingetreten, die eine erhöhte Wachsamkeit der internationalen Arbeiterschaft erfordert, ganz besonders aber der Arbeiterschaft in Zentraleuropa die Pflicht zur aktiven Solidarität mit dem österreichischen Sozialismus auferlegt. In ultimativer Form haben die Führer der faschistischen Heimwehr dem Bundeskanzler Schober unerhörte Forderungen unterbreitet: einmal die einseitige Entwaffnung des sozialdemokratisch-republikanischen Schutzbundes unter offizieller

Mitwirkung der faschistischen Verbände, und schliesslich, offenbar als Garantie für die Durchführung dieses provokativen Ultimatums die Besetzung des Innenministeriums und des Wiener Polizeipräsidioms mit den von der Heimwehr vorgeschlagenen Vertrauensmännern. Innenminister ist der Landbundführer Schumy, der als verfassungstreu bei der Heimwehr verschrien ist, und Wiener Polizeipräsident ist nach wie vor in Personalunion kein anderer als - der Bundeskanzler Schober selbst! So kann man sich wohl denken, dass Schober tatsächlich bestürzt war, als ihm in einer persönlichen Unterredung die Heimwehrrührer Pfriemer, Steidle und Papst (der ehemalige preussische Major und Kapp-Putsch-Führer Papst, der inzwischen längst die österreichische Staatsangehörigkeit erworben hat) diese schriftlich formulierten Forderungen unterbreiteten.

Schober ist zweifellos ein über dem Durchschnitt begabter Verwaltungsbeamter, dessen altösterreichische aalglatte diplomatische Geschicklichkeit sich zuweilen mit aner kennenswerter Energie paart. Nach dem im vergangenen Herbst durch die Heimwehr erzwungenen Rücktritt des Bundeskanzlers Streeruwitz hat er es verstanden, die schon damals drohende Staatskrise zu überwinden. Die Sozialdemokratie schloss mit ihm ein Verfassungskompromiss ab, das in einigen Punkten zwar Konzessionen an die Wünsche der bürgerlichen Parteien enthielt, in den entscheidenden Punkten aber, vor allem hinsichtlich der rechtlichen Stellung der Bundeshauptstadt Wien, dieses Bollwerk der Republik und des Sozialismus unangetastet liess. Als Konsequenz dieser Einigung wurde in allen verfassungstreuen Kreisen die allseitige Entwaffnung der Wehrverbände, also sowohl der Heimwehr wie auch des Schutzbundes in Aussicht genommen. Die Sozialdemokraten, die den Schutzbund nur als Abwehrorganisation seinerzeit ins Leben gerufen hatten, waren zu diesem Opfer bereit, natürlich nur unter der Voraussetzung, dass die Entwaffnung wirklich loyal und beiderseitig durchgeführt werde.

Die Wintermonate verliefen verhältnismässig ruhig, beide Lager standen Gewehr bei Fuss. Schobers persönliches Prestige schien durch den für Österreich befriedigenden Ausgang der "östlichen" Reparationsregelung im Haag und durch seine späteren Reisen nach Rom, Berlin, Paris und London gestärkt. Aber mit dem Beginn des Frühjahrs traten die Gegensätze immer schärfer hervor. Es zeigte sich, dass die Lösung vom vergangenen Herbst nur eine Scheinlösung war, weil eben die faschistische Richtung Bestandteil der Regierungsmehrheit geblieben war: die Heimwehr rekrutiert sich zum grössten Teil aus dem christlich-sozialen Lager, dessen stärkste Persönlichkeit, auch nach ihrem kürzlichen Rücktritt vom Parteivorsitz, der Prälat Seipel ist, der offen mit den Diktaturbestrebungen der Heimwehr sympathisiert. Es kommt hinzu, dass innerhalb der Regierung als Vizekanzler und Heeresminister der Nachfolger Seipels im christlich-sozialen Parteivorsitz Vaugoin sitzt, den die Heimwehr bisher zu den ihren zählte und der sich immerfort bemüht hat, ihren Wünschen entgegenzukommen. So ist es kein Wunder, dass jetzt die Faschisten nach einer Periode scheinbarer Zurückhaltung ihre Forderungen abermals steigern und am Vorabend der Beratung des Entwaffnungsgesetzes im Nationalrat plötzlich offen und zynisch erklären, was sie bisher nur unausgesprochen erstrebten: Nur die Arbeiterschaft soll entwaffnet werden, nur dann wird die Heimwehr an der Abrüstung "mitwirken".

Erst vor drei Tagen hat Bundeskanzler Schober in einer Rede vor der Wiener Kaufmannschaft sich über die "verrückte Tonart" hochmütig lustig gemacht, in der die Wiener Linkspresse die drohende Faschistengefahr schilderte. Jetzt aber herrscht im Regierungslager und bei ihm selber Bestürzung über die Zuspitzung der Lage. Auf ihm ruht eine ungeheure Verantwortung. Mit diplomatischer Geschmeidigkeit allein lässt sich die Situation nicht mehr meistern. Jetzt muss er auch seine vielgerühmte Energie beweisen. Die ihm unterbreiteten Forderungen stellen unverhüllte Drohungen mit dem faschistischen Bürgerkrieg dar, wenn auch inzwischen beschwichtigend erklärt wurde, dass es sich

nur um "Anregungen" handle und dass die Heimwehr nur an einen Kampf "mit loyalen Mitteln" denke. In Wirklichkeit geht es um den Bestand der demokratisch-republikanischen Verfassung, die die sozialdemokratische Arbeiterschaft mit dem Einsatz aller ihrer Kräfte zu schützen entschlossen und verpflichtet ist. Die Entwicklung in den letzten Monaten hat bewiesen, dass man mit dem Lavieren zwischen Verfassungstreue und Putschismus nicht vorwärts kommt: Dr. Hans Schöber muss jetzt Farbe bekennen. Er dürfte am besten wissen, was für sein Land innerpolitisch, aussenpolitisch und wirtschaftlich auf dem Spiele steht. Im Verlauf seiner offiziellen Unterredungen mit Briand und Henderson dürfte ihm klar geworden sein, dass das Ausland nicht gleichgültig zusehen kann, wie sie neben dem kriegsgefährlichen italienischen Faschismus ein ähnliches extrem-nationalistisches und reaktionäres Regime in Österreich etablieren würde.

Die deutsche Sozialdemokratie verfolgt den Kampf ihrer österreichischen Bruderpartei mit grossem Interesse. Wie früher, so wird sie auch in Zukunft ihre Pflicht der Solidarität bis zum Letzten erfüllen.

SPD. Sofia, 22.Mai (Eig.Bericht)

Das dritte Kabinett Liaptschew hat sich unter Murrageschrei der Sgoworiste und Pultdeckelkonzert und Niederrufen der Opposition mit einer lakonischen Erklärung dem Parlamente vorgestellt. Die Politik der neuen Regierung wird sich nach dieser Erklärung in den Grundzügen nicht von der ihrer Vorgängerin unterscheiden. Das Hauptaugenmerk soll der Besserung der Wirtschaftslage gelten.

In der Debatte kritisierten alle Redner der Opposition in schärfster Form die Art und Weise, wie Liaptschew das neue Kabinett gebildet hat. Der Sprecher der sozialistischen Fraktion Pastuchow stellte fest, dass nach den veröffentlichten Dekreten des Königs keine Umbildung des Kabinetts erfolgt, sondern eine neue Regierung gebildet worden sei. Nachdem Liaptschew dem Könige die Demission des Gesamtkabinetts überreicht hätte, wäre er verpflichtet gewesen, das Parlament hiervon in Kenntnis zu setzen. Das sei jedoch nicht geschehen. Unter dem Deckmantel einer Rekonstruktion habe man eine neue Regierung gebildet und offenbar das Staatshaupt beeinflusst, nicht einmal nach parlamentarischem und konstitutionellen Brauch die traditionellen Besprechungen mit den Parteiführern aufzunehmen. Die Sozialisten seien entschiedene Gegner dieses persönlichen Regimes und würden nach wie vor für eine wahre Volksregierung kämpfen.

Ausserst scharf war auch die Kritik des Führers der oppositionellen Demokraten Malinow, der unter dem stürmischen Beifall der Opposition wörtlich erklärte: "Die jetzige Regierung besitzt nur das Vertrauen des Königs, das halbe Vertrauen ihrer eigenen Partei und das volle Misstrauen des Volkes. Sie ist kein Resultat irgendwelcher grossen Volksinteressen, sondern innerparteilicher Erwägungen und Zänkereien."

SPD. Im Preussischen Landtag haben die Regierungsparteien einen Initiativgesetzentwurf eingebracht, der in 10 Paragraphen die Schulgeldfrage regeln soll. In diesem Gesetzentwurf ist die bedeutsame Neuerung vorgesehen, dass das Schulgeld an den preussischen höheren Schulen künftig ganz allgemein den dritten Teil der durchschnittlichen Gesamtkosten nicht übersteigen darf, die der einzelne Schüler verursacht. Damit soll erstmalig das Schulgeld in eine bestimmte zahlenmässige Beziehung zu den Kosten der höheren Schule gebracht und der alljährliche Streit um die Bemessung des Schulgeldes beendet werden. Da die durchschnittlichen Kosten eines Schülers zur Zeit rd. 750 Mark jährlich betragen, wird die Schulgeldd Höchstgrenze praktisch nicht mehr wie bisher 200.--, sondern 250.-- Mark betragen.

Diese an sich bedauerliche Erhöhung, notwendig geworden besonders durch die finanzielle Notlage der Gemeinden, wird wettgemacht dadurch, dass nun der Schulgeldsatz gesetzlich festgelegt wird und den vielfachen Bestrebungen auf alljährliche weitere Erhöhungen ein für allemal der Boden entzogen wird. Ausserdem sieht der Gesetzentwurf eine Reihe sozialer Erleichterungen vor, die die Schulgelderhöhung ausgleichen sollen. Es soll nunmehr gesetzlich festgelegt werden, dass das zweite Kind der gleichen Familie ein Viertel, das dritte Kind die Hälfte des Schulgeldes erlassen bekommt, und dass alle weiteren Kinder schulgeldfrei sind. Ferner enthält der Gesetzentwurf die rechtliche Verpflichtung, an allen höheren Schulen einen bestimmten Hundertsatz des Schulgeldaufkommens für Freistellen, Ermässigungen, Erziehungsbeihilfen, Hilfsbüchereien und andere derartige wirtschaftliche Hilfsmassnahmen für begabte minderbemittelte Schüler bereitzustellen. Damit wird eine nur bisher im Verwaltungswege durchgeführte Massnahme gesetzlich festgelegt. Schliesslich wird dieser Hundertsatz, der bisher 20 % betrug, auf 25 % des Schulgeldaufkommens erhöht.

Es sind ferner Bestrebungen im Gange, einen sehr wesentlichen Teil des Mehraufkommens an Schulgeld von Staats wegen zur Verstärkung der Staatsmittel für Erziehungsbeihilfen zu verwenden, die besonders begabten Schülern der höheren Schulen gegeben werden.

SPD. Paris, 22. Mai (Eig. Drahtb.)

Der Kongress der Postbeamten hat am Donnerstag nach langer Debatte die Entsendung einer Delegation zum Postminister beschlossen, die die Forderungen und Wünsche des Kongresses der Regierung übermitteln soll. Der Postminister hat sich bereit erklärt, die Delegation am Freitag vormittag zu empfangen. Von der Antwort der Regierung hängt es ab, ob der Postkonflikt zu einem Streik führen oder auf friedlichem Wege geregelt werden wird.

In der Nachmittagsitzung wurde der Finanz- und Rechenschaftsbericht des Vorstandes verlesen. Nach kurzer Debatte wurde das Verhalten des Vorstandes im Zusammenhang mit dem Streik vom 5. Mai einstimmig gut geheissen. Nach diesem Beschluss erhoben sich die Kongressteilnehmer und sangen die Internationale.

SPD. Der Steuerausschuss des Reichstags stimmte am Donnerstag dem Entwurf eines Gesetzes über die Ermächtigung zu steuerlichen Massnahmen zwecks Erleichterung und Verbilligung der Kreditversorgung der deutschen Wirtschaft zu.

Die Reichsregierung wird durch diesen Gesetzentwurf ermächtigt, mit Zustimmung des Reichsrats und eines Ausschusses des Reichstages steuerliche Erleichterungen zu treffen. Die Erleichterungen sollen den Steuerabzug vom Kapitalertrag, die Kapitalverkehrssteuer, die Grunderwerbssteuer und die Wertzuwachssteuer umfassen. Ausserdem sollen auch steuerliche Erleichterungen für inländische Aktiengesellschaften vorgenommen werden dürfen, deren Aufgabe in der Verwaltung von Aktien anderer Gesellschaften besteht und zwar ohne Beschränkung auf bestimmte Steuern.

Die Sozialdemokratie bekämpft diesen Gesetzentwurf, weil er ohne ausreichenden Grund dem Reichstag das wichtigste Recht, die Steuergesetzgebung, entzieht, und weil einzelne der von der Reichsregierung beabsichtigten Massnahmen nicht der Erleichterung und Verbilligung der Kreditversorgung der deutschen Wirtschaft dienen, sondern nur Geschenke an gewisse Kapitalgruppen darstellen. Die Sozialdemokratie stellte infolgedessen den Antrag, den Gesetzentwurf abzulehnen und die Regierung zu ersuchen, für die Ermässigung der in diesem Entwurf genannten Steuern besondere Gesetzentwürfe vorzulegen. Gegen die Stimmen von Sozialdemokraten und Kommunisten wurde dieser Antrag abgelehnt. Die Regierungsvorlage wurde nur insofern geändert, als entsprechend einem sozialde-

mokratischen Antrag die Ermächtigung nur gelten soll für die Ermässigung der Kapitalertragsteuer auf festverzinsliche Wertpapiere, nicht aber für Dividendenwertpapiere.

In der Debatte begründete Abg. Dr. Hilferding (Soz) eingehend die verfassungsrechtlichen Bedenken, die der Annahme dieses Gesetzes mit einfacher Mehrheit entgegenstünden. Würde die Regierung den Weg der ordentlichen Gesetzgebung beschreiten, so sei die Sozialdemokratie zur sachlichen Prüfung der einzelnen steuerlichen Massnahmen bereit. Denn auch sie sei der Meinung, dass der Kapitalflucht entgegengewirkt werden müsse: Auch habe die Arbeiterklasse kein Interesse daran, dass die Steuern auf den Kapitalverkehr so hoch seien, dass sie die Gründung von Kapitalgesellschaften ins Ausland verschiebe. Die Beseitigung des Steuerabzugs vom Kapitalertrag sei bedenklich. Lediglich aus der Erwägung, dass damit vielleicht der Zustrom ausländischen Kapitals zum Bau- markt gefördert und die Arbeitslosigkeit vermindert werde, könne sie bestimmen, diese Bedenken zurückzustellen. Doch gelte das nur bei Aufhebung der Kapitalertragsteuer für neue Wertpapiere. Bei alten Wertpapieren sei die Aufhebung ein Geschenk an die zufälligen Besitzer, bringe aber keinerlei volkswirtschaftlichen Vorteil.

Diesen wohlbegründeten Darlegungen konnten die Vertreter der bürgerlichen Parteien keine stichhaltigen Argumente entgegensetzen. Am allerwenigsten aber tat das der Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer. Seine oberflächliche Rede war nur ein Beweis für die unsachlichen Absichten, die die Reichsregierung veranlassen, um eine Ermächtigung nachzusuchen und das Plenum des Reichstags und damit die gesamte Öffentlichkeit von der Mitverantwortung für diese weittragenden steuerlichen Massnahmen auszuschliessen.

SPD. Köln, 22.Mai (Eig.Drahtb.)

Am Donnerstag begann vor dem Kölner Schwurgericht ein grosser Prozess gegen den Bürgermeister des Dorfes Königshoven im linksrheinischen Braunkohlengebiet namens Struben, seinen Amts- und Gemeindediener, einen Bäckermeister und eine Anzahl Frauen wegen 16 fachen Meineids.

Die Angeklagten haben sich vor zirka 10 Jahren zusammengetan, um einen politischen Gegner namens Vahsen, der auf der aussersten Linken stand, ins Gefängnis zu bringen. Vahsen hatte den Bürgermeister der Korruption mit Lebensmitteln beschuldigt. Struben bestritt die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen unter Eid. Vahsen wurde daraufhin zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Auch die Mitangeklagten haben unter Meineid bestritten, an der Korruption beteiligt gewesen zu sein. Endlich nach 10 Jahren gelang es Vahsen die Angeklagten vor die Geschworenen zu bringen. - Der Prozess dürfte mehrere Tage dauern.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett beschäftigte sich am Donnerstag nochmals mit der wirtschaftspolitischen Lage in ihrer Gesamtheit. Die auf Grund des letzten Kabinettsbeschlusses seit einigen Tagen mit der Reichspost geführten Verhandlungen haben das beabsichtigte Ergebnis gezeitigt, dass schon jetzt alle für 1930 vorgesehenen Lieferungsaufträge vergeben und Arbeiterentlassungen daher nicht erfolgen werden.

In der weiteren wirtschaftspolitischen Aussprache des Kabinetts wurden Beschlüsse noch nicht gefasst. Das Reichskabinett, das sich in seinen letzten Sitzungen wiederholt mit der Sanierung der Arbeitslosenversicherung und der gesamten Finanzlage nebst Deckungsvorschlägen beschäftigt hat, wird am kommenden Dienstag zu diesen Fragen entscheidend Stellung nehmen.

SPD. Wien, 22. Mai (Eig. Drahtb.)

Der Ministerrat beschloss am Donnerstag, das in Aussicht genommene Entwaffnungsgesetz sofort dem Nationalrat zugehen zu lassen. Die parlamentarischen Beratungen über das Gesetz werden am Freitag beginnen. In seiner zur Begründung des Gesetzes in Aussicht genommenen Rede wird Bundeskanzler Schober die Forderungen der Heimwehr als für die Regierung unannehmbar bezeichnen.

SPD. New Delhi, 22. Mai (Eig. Drahtb.)

Die Polizei umzingelte am Donnerstag das Feldlager der Anhänger Gandhis in Untadi, von wo aus der am Mittwoch veranstaltete Marsch auf das Salzdepot in Dharsana angetreten wurde. Den Freiwilligen wurde von der Polizei eine Frist von 15 Minuten zur Räumung des Feldlagers gegeben. Dann wurde das Lager polizeilich besetzt. Wer bis dahin den Weisungen der Polizei nicht Folge geleistet hatte, wurde mit dem Knüttel vertrieben. Mehrere Personen wurden verhaftet.

Es verlautet, dass der nächste Angriff auf das Salzdepot von Dharsana am Freitag erfolgen soll. Auch das Ringen um das andere staatliche Salzdepot in Wadala dauert an. Hundert aus dem Hauptquartier des indischen Nationalkongresses entsandte Freiwillige machten am Donnerstag einen neuen Versuch, sich in den Besitz dieses Depots zu setzen. Als sie auf ein starkes Polizeiaufgebot stiessen, teilten sie sich in zwei Züge. Die Demonstranten des einen Zuges wurden sofort verhaftet, der zweite versuchte gleichzeitig an einem anderen Punkt einzudringen. Es kam zu einem Handgemenge zwischen Angreifern und Polizei, in dessen Verlauf drei Freiwillige verletzt wurden. Schliesslich wurden auch die Demonstranten des zweiten Zuges in Polizeigewahrsam genommen.

SPD. London, 22. Mai (Eig. Drahtb.)

Der Rücktritt Sir Oswald Mosleys hat das Signal zu einer Verschiebung des politischen Gleichgewichts gegeben.

Lloyd George hat mit bekannter Geschicklichkeit die durch Mosleys Rücktritt hervorgerufene Schwächung der Regierung sofort zu einem Erpressungsversuch ausgenutzt und MacDonal eine Forderung nach einer radikalen Wahlrechtsreform präsentiert. Lloyd Georges Forderung geht nach einer, den liberalen Bedürfnissen angepassten Kombination von Proporz- und Stichwahlen, wobei der Proporz in den Städten, die Stichwahl auf dem Lande Anwendung finden soll. Der Grund hierfür liegt darin, dass die Liberalen in den Industriestädten verhältnismässig schwach, auf dem Lande verhältnismässig stark sind, sodass sie aus einer derartigen Wahlrechtsreform den denkbar grössten Nutzen ziehen würden. Die Regierung ist zwar bereit, hinsichtlich der von Lloyd George vorgeschlagenen Stichwahl Konzessionen zu machen, sie ist jedoch gegen die Einführung des Proportional-Wahlsystems. MacDonal hat daher die Vorschläge Lloyd Georges abgelehnt, sodass die parlamentarische Zusammenarbeit zwischen den Liberalen und der Labour-Party vorläufig wieder einmal beendet ist.

Die gegenwärtige Situation hat zu einer lebhaften Nervosität im Parlament Anlass gegeben, die in den letzten 24 Stunden in allerlei Krisengerüchten ihren Niederschlag fand. Der Schwerpunkt der Lage liegt nunmehr in der am Mittwoch stattfindenden Unterhausdebatte, in der ein konservativer Misstrauensantrag gegen den Minister für Arbeitsbeschaffung, Thomas, eingebracht werden wird. Dieser Misstrauensantrag trägt die übliche Form eines Antrages auf Gehaltskürzung des betreffenden Ministers. Die konservative Rechnung geht dahin, durch einen derartigen Antrag gegen Thomas die gesamte konservative Fraktion, die Liberalen und die durch Mosley und seine engeren Freunde verstärkte Linksgruppe gegen die Regierung zusammenzuschliessen. Obwohl die

Mittwochdebatte zweifellos den kritischsten Zeitpunkt im Leben der gegenwärtigen Regierung bilden wird, hatte man am Donnerstag Nachmittag dennoch den Eindruck, dass der konservative Angriff scheitern wird. Die Liberalen sind zwar mit Thomas' Arbeitslosenpolitik unzufrieden und durch die Ablehnung der Lloyd George'schen Forderungen verärgert. Es dürfte Lloyd George jedoch trotzdem nicht gelingen, sie geschlossen gegen die Regierung einzusetzen. Die Haltung der Maxton-Gruppe auf der Linken der Arbeiterpartei ist noch unsicher. Es ist aber unwahrscheinlich, dass Maxton und seine Freunde durch die Unterstützung des konservativen Antrages zu dem Sturz der Arbeiterregierung beitragen werden. Ähnliches gilt für Mosley, der nach seinen jüngsten Erklärungen auf keinen Fall mit den Konservativen gehen wird. Damit ist die Möglichkeit, ja Wahrscheinlichkeit gegeben, dass die Regierung in der kritischen Abstimmung eine knappe Majorität erzielen wird.

SPD. Bei der Beratung des Ermächtigungsgesetzes zur Senkung der Kapitalverkehrssteuern im Steuerausschuss des Reichstages hatten die Kommunisten den von der Sozialdemokratie gestellten Antrag auf Aufhebung der erhöhten Umsatzsteuer für Warenhäuser und Konsumvereine eingebracht. Er wurde mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien, auch des Zentrums gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

So sehr diese Stellungnahme bedeutsam ist für den grossen Widerstand, den die Aufhebung dieser Strafsteuer finden wird, so wenig entscheidend ist diese Abstimmung im Steuerausschuss, zumal sie bei einer unpassenden Gelegenheit herbeigeführt wurde. Die wirkliche Entscheidung über das Schicksal der erhöhten Umsatzsteuer wird bei der Beratung des Antrages der Sozialdemokratie über ihre rückwirkende Aufhebung und eines ähnlichen Antrages des Zentrums erfolgen. Der Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer, der noch vor kurzem im Reichstag erklärte, er erwäge Strafmassnahmen gegen die Warenhäuser wegen des Versuchs der Abwälzung dieser Sondersteuer auf die Lieferanten hat inzwischen auch in dieser Frage sich belehren lassen müssen und setzt der Aufhebung der Steuer keinen Widerstand entgegen. Allerdings verlangt er Deckung für den durch die Beseitigung der erhöhten Umsatzsteuer entstehenden Ausfall. Und zwar könne diese Deckung durch eine Erhöhung der allgemeinen Umsatzsteuer von 0,85 Prozent auf 0,88 Prozent erfolgen!!!

Man erzählt in parlamentarischen Kreisen, für den Fall der Annahme dieses Vorschlages beabsichtige der Reichsfinanzminister jedem Umsatzsteuerpflichtigen eine Rechenmaschine auf seine Kosten zur Verfügung zu stellen. Er sei dazu umso eher bereit, weil er glaube, durch diese Massenproduktion von Rechenmaschinen wirksam zur Linderung der Arbeitslosigkeit beitragen zu können.

SPD. Weimar, 22. Mai (Eig. Drahtb.)

Ein neuer öffentlicher Skandal wird von der thüringischen Landespolizei in Gotha gemeldet. Der dortige Polizeileiter, ein Major von Brandt geriet in seinem Dienstzimmer mit einem Polizeiwachtmeister W. in einen Wortwechsel. Der Major belegte den Beamten mit unflätigen Ausdrücken, wurde dann tätlich, würgte ihn und stiess ihn aus dem Raum. W. verfasste daraufhin eine Beschwerde, die direkt an den zuständigen Vorgesetzten, den Polizeioberstleutnant Rühle von Lilienstern gerichtet war. Eine Antwort ist darauf bis heute nicht erfolgt.

Der betreffende Oberstleutnant ist vor Monaten wegen reaktionärer Umtriebe aus der preussischen Polizei entfernt worden. Major von Brandt gehört zu seinen engsten politischen Freunden. Man braucht sich also über die Ursache des Skandals und seine Behandlung durch den zuständigen Offizier nicht weiter zu wundern.

SPD. Der Reichsminister des Innern hat das thüringische Staatsministerium mit Schreiben vom 21. Mai ersucht, die ministerielle Empfehlung von Hassgebeter für die thüringischen Schulen zurückzuziehen. Falls diesem Ersuchen nicht entsprochen wird, beabsichtigt die Reichsregierung, den Staatsgerichtshof mit der Frage zu befassen.

SPD. Paris, 22. Mai (Eig. Drahtb.)

Im Verlag Payot ist am Donnerstag ein Buch Poincarés über die Kriegsschuldfrage erschienen. Soweit man sich aufgrund von Auszügen über den Inhalt des Buches ein Urteil bilden kann, scheint die Darstellung Poincarés reichlich einseitig und in ziemlich gehässigem Tone gegen die einstigen Zentralmächte gehalten zu sein.

SPD. New York, 22. Mai (Eig. Drahtb.)

Das Luftschiff "Graf Zeppelin" überflog am Donnerstag vormittag um 9 Uhr den Aequator. Pernambuco wird das Schiff zwischen 8 und 10 Uhr abends erreichen. Die Landung dürfte sich insofern schwierig gestalten, als über dem Flugplatz ein heftiger Wind weht und starke Regenfälle das Landungsfeld teilweise unter Wasser gesetzt haben.

SPD. Weimar, 22. Mai (Eig. Drahtb.)

Der Putschist und Volksbildungsminister Frick erklärte in der Donnerstagsitzung des thüringischen Landtags, dass er mit der Kirche und den Lehrerorganisationen nochmals über die von ihm empfohlenen Schulgebete verhandeln werde. Vorläufig beabsichtige er, auf eine Berichterstattung durch die Direktoren und Schulräte über die Auswirkung seiner Verordnung zu verzichten.

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei brachte im Verlauf der Sitzung eine Entschliessung ein, in der verlangt wird, dass über die "Freiheitsgebete" nochmals verhandelt wird.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Freitag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Die Kommunazi.

Von Philipp Scheidemann.

SPD. In ihrem Hass gegen die demokratische Republik sind die Nationalsozialisten und Kommunisten einander vollkommen gleich. Es gibt kaum noch ein Schimpfwort, das sie in ihren Kämpfen gegen die Demokratie nicht schon in Anwendung gebracht hätten. Was die Vorläufer der Nazi, die Antisemiten der verschiedenen Spielarten, von Stoecker und Ahlwardt bis Liebermann v. Sonnenberg, Werner und Hirschel, an gehässigen Verleumdungen politischer Gegner geleistet haben, war allerlei; dennoch: es war Kölnisches Wasser im Vergleich zu den - Düngemitteln, die die Strasser, Goebbels und Kube über ihre Gegner zu giessen bemüht sind. Freilich gehen sie mit- und untereinander auch nicht zimperlich um. Der antisemitische Blut-Dinter charakterisierte die Zeitungen, die der Abgeordnete Strasser herausgibt, indem er feststellte, dass sie "einen verworrenen blutrünstigen Inhalt" hätten. Der völkische Herr von Graefe ging noch weiter, er schrieb im "Deutschen Tageblatt" über die "nationalsozialistische Dreckspatzerei" Strassers, dass dieser "nationalsozialistische Abgeordnete im Reichstag zu denen gehöre, die den Ton der Goase für grosse Politik hielten. Immerhin, er suchte Herrn Strasser gerecht zu werden, indem er schrieb: "Man verlangt bekanntlich vom Ochsen nicht mehr, denn ein Stück Rindfleisch, und so auch von diesem fanatischen Römbling keine objektive oder gar gesittete Wahrheitsliebe".

Der "fanatische Römbling" Strasser rückte nun seinem rassischen Gesinnungs-genossen v. Graefe mit der Mistgabel zu Leibe: "Der getroffene Hund bellt! Doch beleidigen wir dieses edle Tier nicht, denn es ist ja nicht von ihm, sondern von dem grössten Verleumder die Rede, dem "ehrenwerten" Herrn v. Graefe-Goldebee. Gleich einem Schwein..." Im weiteren Verlauf seiner geistreichen Auseinandersetzung mit Herrn v. Graefe schrieb Herr Strasser dann noch dies: "...das zeugt von der abgrundtiefen, fürsorgereifen Niedrigkeit, Schmutzigkeit, Gemeinheit und eines Zuhälters würdigen Sinnesart des "völkischen" Herrn v. Graefe".

Als Beispiel für den Ton, den die Nazi untereinander anschlagen, dürften diese paar Zeilen genügen. Wie bei den Nazi, so geht es auch bei den Kommunisten zu. Die werfen sich nicht nur grobkalibrige Schimpfereien an den Kopf, sie werfen sich auch gegenseitig aus ihren Versammlungen und selbst aus der kommunistischen Partei heraus. Wo immer Kommunisten und Nazi Versammlungen abhalten, gibt es Keilerei. Wo sie sich begegnen, sei es auf der Strasse oder in Versammlungen, da werden der Knüppel, der Schlagring, das Messer und das Schiesseisen zu geistigen Waffen. Einig sind sie nur dann, wenn es gilt, die Republik zu beschimpfen, oder deren beste Stützen, die Sozialdemokraten und Reichsbannerleute, zu attackieren. Im Laufe weniger Jahre ist die Zahl der kommunistischer und nationalsozialistischer Brutalität und Feigheit zum Opfer gefallener Sozialdemokraten erschreckend gross geworden.

In einer Hinsicht unterscheiden die beiden Lager sich erheblich: während die Kommunisten alles Religiöse mit Stumpf und Stiel ausrotten wollen, begnügen die Nazi sich damit, die Juden und Katholiken zu befeuern. Dabei kommen dann freilich die eigenen Gesinnungs-genossen häufig genug mit unter die Räder. Dass Strasser als "fanatischer Römbling" bezeichnet worden ist, haben wir bereits gesehen. Immerhin ist es nicht ohne Reiz, dass Herr Goebbels, der von vielen als hässliches Kreuzungsprodukt jüdischer Herkunft bezeichnet wird, auch als "Typ des Jesuitismus" gekennzeichnet wird.

Die Republik hat die Nationalsozialisten und Kommunisten als ebenso entschlossene wie gehässige und skrupellose Gegner. Das Geschimpfe ist immer und überall das gleich wüste. Während die einen von Berlin und München aus gegen die Republik putschten, zogen die Kommunisten von Mitteldeutschland und Hamburg her vom Leder. Leider wird in der Behandlung der beiden Lager ein nicht zu verkennender Unterschied gemacht. Nationalsozialistische Messerstecher sind bisher zumeist besser davongekommen als die kommunistischen Helden vom Dolch. Kommunisten, die zu Stadträten und Bürgermeistern gewählt wurden, sind nicht bestätigt worden. Da-

gegen kann ein nationalsozialistischer Putschist sogar Minister sein. Herr Frick, der im Juni 1927 die republikanische Verfassung als das "Papier von Weimar" verhöhnte, beschwor dieses "Papier" bei seiner Vereidigung als Minister und tanzt nun dem Reichsinnenminister Dr. Wirth, der den energischen Minister Severing abgelöst hat, auf der Nase herum, indem er nationalsozialistisch-faschistische Polizeileiter ernannt: Herr Wirth, einer der eifrigsten Herolde der Zentrumsrepublikaner, sieht immer noch keine Handhaben zum sofortigen Einschreiten. Dabei liegt die Sache ganz einfach: der kleine Schlosser aus Bielefeld war ein Mann des Handelns, Herr Wirth sieht vor lauter Paragraphen und Verordnungen nicht mehr, was recht ist und was in der Republik unbedingt schleunigst geschehen muss, wenn sie nicht gewissenlosen Hetzern zum Opfer fallen soll.

Nach Mitteilungen, die der Kommunist Thälmann dieser Tage in Hamburg gemacht hat, sind zwischen seiner Partei und den Nationalsozialisten in Schleswig-Holstein enge Beziehungen taktischer Art nahezu perfekt. Die Nazi sollen ganz offen erklärt haben, "dass der Sturz des jetzigen Systems eine Notwendigkeit sei und dass, wenn die Kommunisten dazu übergehen würden, dieses Regime zu stürzen, die Nationalsozialisten nicht gegen sie auftreten wollten". Das klingt durchaus glaubwürdig, denn beide wollen anstelle der Demokratie die Diktatur. Während nun die Männer um Strasser für die faschistische Diktatur wirken, schimpfen und putzen die Kommunisten für die bolschewistische. Der "Sozialismus", den beide in ihre Programme geschrieben haben, ist verschiedener Art; bei den einen ist er asiatisch-barbarisch, bei den anderen mussolini-schwindlerisch. Wir bedanken uns für beide Arten eines solchen Sozialismus.

Für uns und alle Republikaner ist entscheidend die wüste Berennung der Republik durch die Nationalsozialisten und Kommunisten. Wir müssen die deshalb auch weiter mit der gleichen Entschiedenheit bekämpfen. Es scheint, dass das wesentlich vereinfacht werden könnte, wenn wir nicht gar so viele Unterschiede zwischen den beiden machten. Nachdem auch in der Berliner deutschnationalen "Kreuzzeitung" festgestellt worden ist, dass Stalin in gewissem Sinne "als nationalsozialistisch" bezeichnet werden könnte, dürften wir kein Unrecht begehen, wenn wir die beiden Schreierparteien einheitlich unter dem Namen Kommunazi kennzeichnen und gemeinsam bekämpfen.

SPD. Paris, 22. Mai (Eig.Drahtb.)

Der Passagierdampfer "Asia" der französischen Fabre-Line ist vordem Hafen von Djiddah in Brand geraten. Das Schiff hatte 1500 Mekka-Pilger an Bord, die es von Djiddah, dem Hafen von Mekka, am Roten Meer nach ihrer Heimat zurückbefördern sollte. Da es im Laufe der Nacht nicht gelang, des Brandes Herr zu werden, musste das Schiff verlassen werden.

Ein Telegramm, das bei dem Marseiller Büro der Gesellschaft einlief, besagt, dass alle Pilger gerettet werden konnten. In anderen Meldungen heisst es dagegen, dass annähernd 100 der im Zwischendeck eingepferchten Eingeborenen ein Opfer der Flammen geworden oder in den Fluten ertrunken sind.

SPD. Weimar, 22. Mai (Eig.Drahtb.)

Im Thüringer Landtag erklärte der Putschist Frick am Donnerstag zur Verteidigung seiner Gebete gegen Betrug und Verrat:

"Der gemeinste und schändlichste Volksverrat, den es je in der Weltgeschichte gegeben hat, das ist der von 1918 und der ungeheuerlichste Volksbetrug ist der Marxismus in Theorie und Praxis."

Diese Aeussierung löste auf der Linken minutenlange Protestrufe aus. Der sozialdemokratische Abg. Dr. Brill trat dem Heimkrieger Frick entgegen und bezeichnete nacheinander Darlegung über den militärischen Zusammenbruch des Weltkrieges die Worte Fricks als die grösste Verlogenheit, die in der letzten Zeit im Thüringer Landtag geäussert worden ist.

Reichstags-Stimmungsbild.

SPD. Berlin, 22. Mai (Eig. Bericht)

Am zweiten Tage der Reichstagsaussprache über den Reichswehrhaushalt betrat als erster der frühere Admiral und volksparteiliche Abgeordnete Brüninghaus die Rednertribüne. Er vertritt den Etat für seine Fraktion seit 10 Jahren. Neues wusste er dennoch nicht vorzutragen. Es klingt geradezu komisch, wenn ein früherer kaiserlicher Admiral jetzt den Kastengeist abschwört und behauptet, so etwas habe es weder in der früheren Armee gegeben, noch sei ein solcher Geist in der Reichswehr vorhanden. Zutreffende Bemerkungen machte Brüninghaus über die verfehlten Vergleiche, die hinsichtlich der Kosten zwischen der Reichswehr und denen anderer Länder gemacht werden. Selbstverständlich ist ein Berufssoldat teurer als ein Soldat auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht. So bekommt beispielsweise in Polen ein Rekrut 5 Pfennig Löhnung den Tag, der Reichswehrosoldat dagegen 1,55 Mark. Auch müssen naturgemäss Berufssoldaten besser gepflegt und besser gekleidet werden. Brüninghaus berechnete, dass ein deutscher Reichswehrosoldat alles in allem rund 5 000 Mark im Jahre kostet, ein englischer Soldat 6 000 Mark. Von Ersparnissen will Brüninghaus natürlich nichts wissen. Er zog zum Vergleich heran, dass England allein 360 Millionen Mark jährlich für seine Luftflotte aufwendet, Amerika für die Luftflotte sogar 1 Milliarde, Deutschland aber, das keine militärische Luftflotte habe, brauche für seine ganze Marine 190 Millionen Mark. Brüninghaus schwärmt für militärische Jugenderziehung und sieht den Untergang kommen, wenn der Wille zur Wehrkraft erlahmt.

Einige verlegene Minuten bereitete er den Kommunisten, als ausgerechnet der volksparteiliche Admiral darauf hinwies, wie innig die Beziehungen zwischen Reichswehr und Roter Armee sind. Eine erhebliche Anzahl von Offizieren der Roten Armee sei bei den Truppenübungen Gäste der Reichswehr, umgekehrt seien Reichswehroffiziere Gäste der Roten Armee. Die Kommunisten schwiegen, obwohl sie sonst gerade beim Wehretat recht laut zu sein pflegen. Diese Verbrüderung zwischen Reichswehr und Roter Armee dürfen natürlich die Rotfrontleute draussen im Lande nicht erfahren, denen wird vorerzählt, die Reichswehr sei ein Rüstungsinstrument gegen Russland.

Am Spätnachmittage antwortete der Reichswehrminister Groener dem sozialdemokratischen Abgeordneten Schöpflin. Er verwahrte sich dagegen, von dem Völkerbund spöttisch gesprochen zu haben. Lediglich Tatsachen habe er festgestellt. Den Verteidigungswillen Deutschlands formulierte er so, dass unser Heer in Verbindung mit den Befestigungen ein Hindernis sein müsse für jede Armee, die deutschen Boden betrete. Das sei der einzige Weg, zu verhindern, dass Deutschland Kriegsschauplatz werde und auch Zeit zu gewinnen, bis der Völkerbund eingreifen könne. Groener wiederholt seine Meinung, dass die Möglichkeiten des Friedensvertrages ausgeschöpft werden müssten. Über die Beziehungen von Reichswehrstellen zu Russland glitt der Minister mit einigen leichten Wendungen hinweg. Aus seinem Munde, so sagte er, habe niemand je eine probolschewistische Äusserung gehört. In einer Zwischenbemerkung glaubte Groener den früheren Reichsfinanzminister Hilferding als solchen dafür anrufen zu müssen, dass er, Groener, schon im Vorjahre im Kabinett für dieses Jahr Erhöhungen des Reichswehrhaushaltes angekündigt habe. Das wird niemand bestreiten, nur hat niemals irgendein Sozialdemokrat, auch kein Minister, diesen Erhöhungen zugestimmt. Schliesslich entrollte der Minister ein Bild der militärischen Jugenderziehung in anderen Ländern. Selbstverständlich steht an der Spitze Russland, wo schon die Kinder mit der Waffe gedreht werden und gleich dahinter kommt Frankreich, das dieselbe Vorbereitung zum Massenmord für die breitesten Schichten der Jugend übt.

Nach dem Minister nahm der nationalsozialistische Redner das Wort. Man muss es genau sagen: der nationalsozialistische Ritter von Epp, der Herr Gene-

ral als Mitglied einer sogenannten Arbeiterpartei. Er klemmte das Monokel ins Auge, um seine proletarische Erscheinung zu vervollständigen. Dann kündigte er an, dass seine Freunde gemeinsam mit den Kommunisten dem Reichswehrminister das Misstrauen aussprechen würden, eine Aktion, die Herrn Groener sicher ausgezeichnet bekommen wird.

Den Schluss der Reichstagssitzung bildete eine Kontroverse zwischen dem sozialdemokratischen Abgeordneten Künstler und dem Reichswehrminister. Künstler forderte von dem Chef der Reichswehr bestimmte Erklärungen über die Kieler Munitionsaffäre und begründete seine Forderungen in sachlichster Weise mit stichhaltigem Material. Groener erwiderte darauf, dass er zur Aufklärung der Kieler Affäre bisher alles getan habe und weiterhin alles tun werde. Die Angriffe des Abg. Künstler seien unberechtigt. Soweit er ferner bestimmte Fragen über die Zusammenarbeit zwischen der Reichswehr und Sowjetrussland an ihn gerichtet habe, könne er eine Antwort nicht erteilen. Groener gab damit zu, dass die Fragen des Abg. Künstler berechtigt waren und deutsche Generale sich kürzlich in Moskau haben feiern lassen. Diese Feststellung als "Gipfel der Verantwortungslosigkeit" zu bezeichnen, wie es Herr Groener in seiner Antwort tat, ist unerhört und rief einen scharfen Protest der Sozialdemokratie hervor. Verantwortungslos ist es entgegen den bestehenden Abmachungen, unerlaubte Beziehungen zu Russland zu unterhalten und sie dann auch noch zu bestreiten. Aber darüber ist das letzte Wort noch nicht gesprochen!

Weiterberatung Freitag.

Blossen

E R S C H E I N T N A C H B E D A R F

Vom Patriotismus.

Streitbare Nationalisten.

SPD. Es blüht ein sonderbarer Patriotismus und Nationalismus in Deutschland: eine herzerquickende Opferbereitschaft zum Heldenkampf um das Letzte. Hier und da lebt doch noch der Wille, sich gegen Raub und Beherrschungsgelüste übermächtiger Nachbarn zur Wehr zu setzen und die feigen Anhänger einer Kapitulation vor den Grossen ob ihres Volksverrats zu infamieren. Diesen Patriotismus gibt es sogar nicht nur einmal, sondern gleich mehrere Male. Ob es nun heisst: Hie gut Braunschweig allewege, oder hie gut Oldenburg allewege - es ist beide Male das Pochen auf die völkische Eigenart und das geheiligte historische Recht. Was verschlägt es, dass dies historische Recht und die Gestaltung der in Frage kommenden Ländergrenzen das Ergebnis kleinlichsten Dynastenhandels in der Vergangenheit sind, und dass wir jetzt in einer Republik leben? Es lebe der Patriotismus des historischen Rechts!

Der Heldenkampf ist wieder einmal im Gange: im oldenburgischen Landesteil Lübeck ist eine lebhafteste Bewegung für den Anschluss an Preussen entstanden. Der oldenburgische Landesteil Lübeck liegt weit getrennt vom oldenburgischen Vaterland; er ist 540 qkm gross und hat noch nicht 50 000 Einwohner. Dafür hat er eine Regierung mit einem Präsidenten und einem besonderen Landesausschuss. Seine Finanzen sind klamm, daher der Zug nach Preussen! Aber es gibt noch heimat-treue Oldenburger im Landesteil Lübeck. Es hat sich ein Abwehrausschuss gebildet, der die Sympathien der Regierung in Eutin besitzt. Er kämpft: "Gegen führende Männer aus Berlin und Schleswig-Holstein, die den fetten Bissen schlucken möchten, um daraus wirtschaftliche und finanzielle Vorteile zu ziehen!"

Wahrhaftig: Preussen will einen Eroberungskrieg gegen den oldenburgischen Landesteil Lübeck führen, weil es diesen fetten Bissen zum Ausgleich seines Etats nötig hat. Wir haben wirklich Angst, dass, wenn der Anschluss zur Tatsache werden würde, Preussen sich an diesem fetten Bissen den Magen verderben könnte. 50 000 Preussen mehr - ha, wie werden dann die preussischen Finanzen blühen und gedeihen! Alle Not wird dann ein Ende haben, und jeder Preusse bekommt auf Kosten der heimat-treuen Oldenburger vom Landesteil Lübeck noch etwas herausgeschenkt. Hört man den Abwehrausschuss, so könnte es beinahe so erscheinen!

Der Herr Präsident von Eutin hält natürlich ebenfalls die blaurote oldenburgische Landesfahne hoch, und seine Beamten mit ihm. Aus leicht erklärlichen Gründen. Hie gut Oldenburg allewege! Wir haben etwas gehört, dass die Reichsreform wieder einmal marschieren soll. Aber inzwischen gibt es wichtigere Dinge: den Heldenkampf der Eutiner Oldenburger gegen die preussischen Raubgelüste.

Ohne Bier ?

Die Bierpreiserhöhung als Folge der Erhöhung der Biersteuer wirkt verheerend auf die besten Eigenschaften des deutschen Volkes. Was wir darüber aus Bayern hören müssen, ist tief betrüblich. Der Krieger- und Veteranenverein von Ettligen in Niederbayern hat eine Aktion gegen die Bierpreiserhöhung um 2 Pfg. beschlossen, die für ganz Deutschland die schlimmsten Folgen nach sich ziehen muss. Er beschloss, das Jahresfest nurmehr mit einem Gottesdienst zu begehen und die Familienunterhaltung mit Konzert und Bier wegfallen zu lassen. Wegen der Bierpreiserhöhung will der Verein auch in Zukunft keine auswärtigen Festlichkeiten mehr besuchen.

Was soll das werden, wenn es Nachahmung findet? Wo bleibt der Patriotismus, wenn das Bier nicht mehr fließt, wo die patriotische Begeisterung und die gefühlseelige Rührung harter Kriegerherzen, so jene traute Gemeinschaft, die ohne das edle Nass nicht möglich ist?

Kriegervereinsfeste ohne Bier - es wäre das Ende des Patriotismus!

Patriotismus für 36 000 Mark.

In München lebt ein Rechtsanwalt Dr. Jung, der eine echte Zierde des Nationalismus ist. Er wurde vor Jahren von den Besatzungstruppen aus der Pfalz ausgewiesen und liess sich in München nieder. Ein Märtyrer des Deutschtums, um die Existenz gebracht, flüchtig, fern der Heimat, arm und elend, welches Relief für einen nationalistischen Helden! Man weiss, wie es armen Vertriebenen geht. Man sieht im Geiste Baracken mit Strohlagern, Feldküchen und das ganze Requisite, notdürftigster Unterkunft vor sich. Immerhin wurde dem Herrn Rechtsanwalt das Elend fern der Heimat erträglich gemacht. Wie vor Gericht festgestellt wurde, erhielt er als Entschädigung für seine Ausweisung von der Reichsregierung 20 000 Mark, dazu noch vom Roten Kreuz drei Jahre lang monatlich 480 Mark, insgesamt also rund 36 000 Mark. Ein wohlbezahlter Patriotismus!

Der wackere Patriot hat sich dankbar erwiesen. Er verfasste ein Buch "Die Herrschaft der Minderwertigen", worin er gegen die Sozialversicherung und gegen die Krankenversicherung vom Leder zog. Er prägte darin den Satz: "Die Rentenerschleichung ist einer der Haupterwerbszweige des deutschen Volkes geworden." Entrüstung? Was wollt Ihr? Das ist Wahrung berechtigter Interessen. Woher soll das Geld für solche Patrioten kommen, wenn ihnen arme und kranke Arbeiter vorher alles wegschlucken wollten?

Die drei grossen H.

In der "München-Augsburger Abendzeitung", einem Hugenbergblatt, finden wir die folgende Betrachtung eines echten Bierbankpolitikers wiedergegeben:

"Mehr als je bewegt sich unser politisches Leben zwischen den drei grossen H, den Namen Hindenburg, Hugenberg, Hitler. Sie haben den stärksten Klang im Volk und können doch keine Einheit bilden. Sie wären am ehesten imstande, der wilden Zerrissenheit im Parteiwesen ein Ende zu bereiten und die bürgerliche Front erfolgreich zur Abwehr des inneren Feindes aufzurichten. Wäre es möglich, eine Verbindung zwischen den drei ausschlaggebenden Instanzen des bürgerlichen Schaffens herzustellen, so wären alle obgenannten Fragen lösbar. Bis auf weiteres müssen wir im Dunkeln nach den nächsten Wegen zur Rettung tasten. Aber man sollte den Versuch machen, die drei Herren an einen Tisch zu bringen.

Das ist eine seltsame Sehnsucht, die hier plötzlich bei Hugenberg auftaucht. Sollte sie erfüllt werden, so müsste sich Hindenburg mit Hitler vertragen, Hitler mit Hugenberg und Hugenberg mit Hindenburg. Hindenburg und Hitler: die Anhänger des Herrn Hitler haben einem Bild von Hindenburg die Augen ausgestochen und haben es feierlich verbrannt, Herr Göbbels, Stabsoffizier von Hitler, sitzt wegen Hindenburg-Beleidigung auf der Anklagebank. Hindenburg und Hugenberg: der berüchtigte § 4, der den Reichspräsidenten als Landesverräter ins Zuchthaus bringen sollte, ist noch nicht vergessen. Schliesslich Hugenberg und Hitler. Die haben tatsächlich schon an einem Tische gesessen. Das Ergebnis war: Hitler frisst Hugenberg. Nun fragen wir uns: Ist es das Ziel der Sehnsucht dieses Bierbankpolitikers, dass Hitler nicht nur Hugenberg, sondern auch Hindenburg fressen möge? Wenn aber - wie kommt diese Sehnsucht in ein Hugenbergblatt?

Wir werden noch lange warten müssen, bis die drei grossen H den "inneren Feind" nach berühmtem Vorbild niederreiten werden!

Aus aller Welt

Calmette! Calmette!

Fernwehen des Lübecker Säuglingssterbens.

SPD. - Durch das Lübecker Säuglingssterben sind weiteste Kreise ungemein beunruhigt. Auch in Berlin schlägt die Lübecker Panik ihre Wellen. Das Hauptgesundheitsamt der Stadt Berlin hatte gleich nach Bekanntwerden der Lübecker Todesfälle das Füttern mit Calmette untersagt. In Städtischen Krankenhäusern wurde mit dem gefährlichen Präparat nie gearbeitet, es ist jedoch in mehreren Privatkrankenhäusern angewandt worden. Aber auch ganz Unbeteiligten geht das Unheimliche des Säuglingsmassensterbens in Lübeck, dessen eigentliche Ursache den Aerzten gänzlich unbekannt ist, an die Nerven.

+

Ein Kinderarzt erzählt: "Mein Patientenzimmer, das sonst bedauerlicherweise nicht allzuviel Zuspruch hatte, ist jetzt überfüllt. Viele Mütter bringen in grosser Angst und Erregung ihre Kinder zur Untersuchung, ohne zu wissen, dass für so exakte Feststellungen, wie sie in diesem Falle getroffen werden müssen, nur ganz versierte Spezialisten in Betracht kommen. Die abenteuerlichsten Gerüchte werden über das Calmette-Präparat verbreitet. So kam eine junge Frau, mit Tränen kämpfend, zu mir und behauptete steif und fest, dass ihr sieben Wochen alter Säugling unverkennbare Symptome der Tuberkulose-Erkrankung durch Calmette-Präparate zeige. Sie war in grösster Verzweiflung, die sich auch nicht legte, als festgestellt werden konnte, dass das Kind dieser Frau nie mit Calmette-Präparaten gefüttert worden ist. "Ja", meinte die Frau und fing zu weinen an, "aber das ist ja auch gar nicht nötig. Die Sache ist ja in höchster Masse ansteckend und ich weiss bestimmt, dass er mit einem Kind in Berührung gekommen ist, das durch die Calmette-Fütterung tuberkulös infiziert wurde." Es bedurfte grösster Bemühungen, um der Frau ihre vollkommen sinnlose Wahnidee auszureden".

+

Aber nicht nur, dass die Eltern begreiflicherweise vor Aufregung die Nerven verlieren, auch Erwachsene, die sehr besorgt um sich sind, hat die Calmette-Psychose angesteckt. In einer Berliner Privat-Klinik, die schon Calmette-Versuche an Säuglingen angestellt hat, jetzt aber dieses Mittel nicht mehr anwendet, erschien dieser Tage ein etwa 53jähriger Mann und bat allen Ernstes um eine Untersuchung, da er glaube, von einem Arzt, der seine Tuberkulose behandelte, mit Calmette behandelt worden zu sein. Der Mann war ein Psychopath, der sich die Calmette-Behandlung so intensiv suggeriert hatte, dass er schliesslich an die Wahrheit des von ihm erfundenen Vorganges felsenfest glaubte. Dieser an sich recht komische Vorfall hat eine sehr ernste Seite; er beweist nämlich, welche Verwirrung in wenig klaren Köpfen durch derlei beklagenswerte Affären, wie es das Lübecker Säuglingssterben ist, hervorgerufen werden kann.

+

Man wirft dem Berliner oft eine gewisse Grobschlächtigkeit vor. Der Mann aus der Provinz, dem diese Art fremd ist, hält sie oft für Gefühlsrohheit und seelische Kälte. Sehr zu Unrecht! - Dass der Berliner alles andere als ein unempfindlicher und taktloser Mensch ist, bewies ein Vorfall, der sich jetzt in einem Berliner Vorstadt-Variété abgespielt hat. Hier besass ein Komiker den etwas bizarren Geschmack, eine seiner "komischen" Pointen mit der Calmette-Fütterung zu bestreiten. Das Publikum begann zu johlen und zu pfeifen... rb.

+

+

+

Hilde Frenzels Widerruf.

Die wahren Schuldigen im Potsdamer Sittlichkeitsprozess.

Hat Amtsvorsteher Frenzel aus Bornim bei Potsdam an seinen Töchtern Hildegard und Gertrud Blutschande begangen oder nicht? Gertrud, die jüngere, sagt ja, - Hildegard, die etwas ältere: nein. Ursprünglich hat, wie man weiss, freilich auch Hildegard Frenzel ihren Vater sehr schwer belastet. Auch bei der Vernehmung durch den ersten Potsdamer Staatsanwalt Fuhrmann, war Hildegard bei ihren belastenden Aussagen geblieben. Sie wollte schon vor Herrn Fuhrmann widerrufen. Längst hatte sie eingesehen, was sie durch ihre Lügen - wenn wir unterstellen wollen, dass sie gelogen hat - angerichtet hatte. Längst war sie darüber belehrt worden, dass sie auf dem besten Wege dazu war, ihren Vater ins Zuchthaus zu transportieren. Aber nun war es für Hilde ziemlich schwer, ihren Widerruf vor Herrn Fuhrmann auch wirklich zur Durchführung zu bringen. Dieser etwas merkwürdige Staatsanwalt, über dessen einschüchternde Suggestivfragen und beträchtlichen anderen Unkorrektheiten sich viele Zeugen dieses Prozesses beschwerten, bot Hildegard Frenzel Kaffee und Kuchen an, als sie in der Voruntersuchung ihre Aussagen machte, und war auch sonst äusserst liebenswürdig, fast freundschaftlich zu Hilde. Hilde sagte nun in der Verhandlung am Donnerstag wörtlich: "Nun, da dachte ich mir, da kannst Du doch auch nicht so sein, und daraufhin habe ich dann meine alten falschen Aussagen aufrechterhalten. Ich war dann auch sehr verwirrt, als der Herr Staatsanwalt mir sagte, dass mein Vater schon alles zugegeben habe.."

Es ist selbstverständlich, dass eine Zeugin, die sich dazu entschliessen kann, dem Herrn Staatsanwalt gegenüber aus Dankbarkeit für seinen Kaffee und für seinen Kuchen eine falsche Aussage aufrechtzuerhalten, Glaubwürdigkeit nur in einem beschränkten Grade besitzt. Hildegard Frenzel war im Vorspiel dieser Tragödie, die sie durch ihre Redereien mit heraufbeschwor, ein schwankendes Rohr, das im Grunde von jedem Stimmungswind geknickt werden konnte. Trotz verschiedener männlicher Züge in ihrem Charakter und trotz einer durchaus maskulinen Geschlechtsbegabung ist Hilde doch ein sehr weiches und anlehnungsbedürftiges Kind, das, wie die ganze Familie Frenzel übrigens, stark an Minderwertigkeitsgefühlen litt und einen ziemlich starken Geltungsdrang besass. Und stärker als alles andere war bei Hilde sowohl wie auch bei Gertrud die ursprüngliche Liebe zu ihrem Vater. Das Traurige ist nun, dass dem Liebesbedürfnis der Kinder so wenig von der väterlichen Seite her entgegengekommen wurde. Frenzel - nein, er ist im Sinne der höheren Moral nicht ganz unschuldig! Frenzel hat sich dadurch seinen Kindern verfeindet und an ihnen versündigt, dass er sich zu wenig um sie kümmerte. Frenzel hatte neben seinem anstrengenden Beruf nicht weniger als 20 Ehrenämter inne. Er war Kreistagsabgeordneter. Eine Fülle von Aufgaben drängte auf ihn ein. Nichts, was man ihm anbot an Arbeit, hat er abgelehnt. Ehrgeiz? Gemeinsinn? Wie dem auch sei: seine Töchter, die er fast nie sah hat er so vernachlässigt, dass ihre unerwiderte Liebe in Hass umschlug.

Hilde und Gertrud haben beide stark psychopathische Neigungen. Hierin dürfte der Grund zu suchen sein, dass der Hass der Töchter allmählich geradezu teuflische Formen annahm. Hilde erzählte ihrer Schwester, dass der Vater mit ihr Geschlechtsverkehr getrieben habe. Gertrud log von sich das Gleiche. Durch den Gang der Gerichtsverhandlung ist bewiesen, dass nichts davon wahr ist. In den Plädoyers werden die Verteidiger darauf noch zurückkommen. Jedenfalls, das muss immer wieder betont werden, hat Hilde alles widerrufen und auch in der Donnerstag-Verhandlung klar erklärt: "Alles, was ich das erste Mal vor dem Staatsanwalt gesagt habe, ist nicht wahr!" - und in den Aussagen Gertrud konnten bereits verschiedene klare Widersprüche festgestellt werden. Gertrud ist keine bewusste Lügnerin. Zur grossen Schauspielerin besitzt sie viel zu wenig Kraft und zu wenig Intelligenz. Was ihre Schwester ihr über den Geschlechtsverkehr

mit ihrem Vater erzählt hatte, kam ihren Wunschträumen entgegen. Sie hatte Halluzinationen. Halluzinationen, die in dem heuchlerischen Milieu des Pfarrhauses Schenk mit der Flamme der Geilheit und des Hasses einer Pfarrersfrau genährt worden sind, die heute schon als moralisch vernichtet und als eine der wahrhaft Schuldigen der Tragödie von Bornim bezeichnet werden muss!

Der Verlauf der Donnerstag-Sitzung vor dem Potsdamer Schöffengericht war gerade in dieser Hinsicht aussergewöhnlich interessant. Im Anschluss an Hilde Frenzels Widerruf fragte der Vorsitzende nach den Motiven der früheren Lügen, in denen Hilde ihren Vater bezichtigte, sich an ihr und Gertrud vergangen zu haben. Hilde antwortete: "Ich habe der Frau Pfarrer alle diese Lügen erzählt, weil ich gern wollte, dass sie Mitleid mit mir haben soll und dass sie mir woanders eine Stelle besorgt. Weil Vater immer so streng zu uns war und uns so herumkommandiert hat, wollte ich gern von zu Hause weg. Und als ich sah, dass mich Frau Pfarrer alles glaubte, erzählte ich eben alles, was ich an sexuellen Dingen wusste und was andere Männer mit mir gemacht hatten, der Frau Pfarrer in der Folge, dass ich alles auf meinen Vater bezog. Und die Frau Pfarrer, die rief bloss immer aus "Uuuuh" und "Ooooh" und sagte "Erzähl nur alles genau, Du bist ja viel erfahrener als Gertrud." Und Frau Pfarrer drang immer mehr in mich und sagte, so etwas habe ihr die Gertrud überhaupt noch nicht erzählt."

Diese Angaben Hilde Frenzels, die in keinem Punkt von Frau Pfarrer Schenk bestritten werden konnten, werfen ein typisches Licht auf die Hüterin der Bornimer Moral. Unter dem schädlichen Einfluss der Frau Pfarrer steht die Hauptbelastungszeugin Gertrud heute noch; sie wohnt bei ihr. Trotzdem Staatsanwalt Stargardt in der ihm eigenen scharfmacherischen Art immer wieder die Zeugin einzuschüchtern versuchte, war doch deutlich der Eindruck spürbar, wie auch der Gerichtshof sich nicht der entlastenden Bedeutung dieser Aussage entziehen konnte. Hilde lügt veranlagungsgemäss leicht, Hilde ist recht kokett, Hilde hat immerhin schon einen ziemlich leichten Lebenswandel hinter sich. Aber das alles spricht nicht gegen ihren Charakter schlechthin. Hilde, das ist wichtiger als alles andere, hat - im Gegensatz zu der durch das Pfarrhaus völlig entkräfteten Gertrud - die Kraft zum Mut, die Kraft zum Widerruf. Sie betont immer wieder: "Ich habe gelogen. Unser Vater hat nichts Insittliches mit uns getan". Man kann davon überzeugt sein, dass das die Wahrheit ist. Wenn der gegen Schluss der Donnerstag-Verhandlung vom Verteidiger Justizrat Josephsohn gestellte Antrag auf Schluss der weiteren Beweisaufnahme wegen ihrer Ueberflüssigkeit abgelehnt worden ist, so ist das ein Prestigeproblem des Herrn Staatsanwaltes.

+ + +

Das "Versteckspiel" der Brüder Sass. Die vor einigen Wochen im Keller eines Berliner Zigarettengeschäfts überraschten Brüder Sass, die nach wie vor des schweren Bankraubes verdächtigt werden, haben durch ihren Verteidiger den Antrag stellen lassen, die Eröffnung des Hauptverfahrens wegen versuchten Einbruchdiebstahls abzulehnen. Der Antrag wird damit begründet, dass sich die Brüder der Rechtswidrigkeit ihres Tuns bewusst gewesen wären, aber keinesfalls einen Einbruch bezweckt haben würden. In dem Antrag wird zwar zugegeben, dass die Absicht bestand, in dem Keller des Zigarrengeschäftes ein stets leicht zu erreichendes Versteck herzurichten, aber nicht verraten, was in dem Versteck verborgen werden sollte. Spätere Erklärungen über diese Frage sind in Aussicht gestellt....

+ + +

Hellseher Hanussen vor Gericht. In Leitmeritz (Tschechoslowakei) hat sich Donnerstag der bekannte Hellseher Hanussen gegen die Anklage zu verantworten, zahlreiche Personen durch seine Weissagungen geschädigt zu haben.

+ + +

Von der Würde der Flotte. In England ist infolge der Ergebnisse der Seekonferenz das Problem der Verwertbarkeit einer ganzen Reihe überflüssig gewordener grosser Schlachtschiffe aufgetaucht. Der Wirtschaftstheoretiker Eustace

Miles hat den Vorschlag gemacht, aus den Kriegsschiffen Notwohnungen anzufertigen. Die Schiffe müssten im Innern umgebaut werden, bei Plymouth oder an der Thise anlegen und durch eine stabile Brücke mit dem Festland verbunden werden. Die Admiralität ist gegen derartige Pläne. Abgesehen von den Umbaukosten und von der Hochwertigkeit des alten Materials widerspräche der Umbau von Kriegsschiffen zu Wohnungen der Würde der Flotte.

+ + +
Festungshaft für Duell="Sport". Die vor einiger Zeit vom Schöffengericht Berlin-Mitte einer Bestimmungsmensur mit tödlichen Waffen angeklagten, aber freigesprochenen Studenten Groth und Genossen, sind in der Berufungsinstanz zu je drei Monaten Festungshaft unter Zubilligung einer zweijährigen Bewährungsfrist verurteilt worden. In der Urteilsbegründung heisst es: "Es handelt sich lediglich um die Frage, ob eine Bestimmungsmensur ein Zweikampf mit tödlichen Waffen ist. Diese Frage hat das Gericht bejaht, trotzdem Generationen von Studenten Tausende und Abertausende von Bestimmungsmensuren ausgefochten haben. Das Gericht steht auf dem Standpunkt, dass eine Bestimmungsmensur, die in neuester Zeit auch Spormensur genannt wird, strafbar ist und immer strafbar gewesen ist, solange das Gesetz besteht... Die Waffe, die hier zur Anwendung gelangt, ist an sich geeignet, tödliche Verletzungen hervorzurufen. Gleichgültig dabei ist, ob sie nicht tödlich wirken, wenn Schutzmassregeln zur Anwendung gelangen". Die Studenten, die der Verhandlung als Zuhörer beigewohnt hatten, bekundeten durch Fusscharren ihre Unzufriedenheit mit dem Urteil.

+ + +
Frauenmord in Herne. Am Donnerstag morgen wurde in Herne (Westfalen) in der Toreinfahrt eines Hauses die Leiche der geschiedenen 37 Jahre alten Frau Iopp gefunden, Würgemale am Halse und andere Umstände, lassen darauf schliessen, dass Lustmord vorliegt.

+ + +
Zwei Jahre ohne Kommando. Dem französischen Linienschiffskapitän Benoit, unter dessen Führung vor einiger Zeit das französische Schulschiff "Edgar Quinet" an der afrikanischen Küste auflief und sank, wurde vom Marineschiedsgericht in Brest auf zwei Jahre jedes Kommando abgesprochen. In der Urteilsbegründung heisst es, dass das Schiff infolge Ungeschicklichkeit des Kapitäns verloren gegangen sei. Benoit hat u. a. auch die Kosten des Verfahrens zu tragen.

+ + +
Opfer der Arbeit. Auf der Glatzer Neisse schlug ein Kahn um, der mit vier Arbeitern des Flussbauamtes Neisse, die mit Regulierungsarbeiten beschäftigt waren, besetzt war. Die Strömung riss die Verunglückten in einen Strudel; drei Arbeiter ertranken, einer konnte gerettet werden.

+ + +
Ermordung eines Rechtsanwalts. In Zürich ist der Rechtsanwalt Dr. Rhonheimer in seiner Wohnung erschossen worden. Der Täter, ein mehrfach vorbestrafter Kaufmann Heinrich Bachmann, hat sich nach wenigen Stunden in einem Hotelzimmer das Leben genommen. Das Motiv des Verbrechens an Rhonheimer, ein angesehenener Jurist Zürichs, war Rachsucht.

+ + +
Karl Marxschule in Berlin. Durch Verfügung des Ministers für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung wurde dem städtischen Kaiser Friedrich Realgymnasium in Berlin-Neukölln der Name "Karl Marx-Schule" gegeben.





Ein undurchsichtiger Etat.

SPD. Der Etat des Reichsernährungsministeriums, dessen Beratung im Haushaltsausschuss des Reichstages begonnen hat, ist wohl der undurchsichtigste Etat des ganzen Haushaltsplanes. An sich sind die Ausgaben des Etats des Reichsernährungsministers für 1930 einstweilen um 35 Millionen Mark höher als 1929. Dazu kommt eine Nachforderung in Höhe von 10 Millionen Mark. Darüber hinaus ist im Ernährungsetat für 1930 ein Leertitel enthalten, aus dem die Einnahmen des Reichs aus dem Maismonopol ganz allgemein zur Förderung der Landwirtschaft verwendet werden sollen. Hier können sich die Ausgaben des Ernährungsministeriums für 1930 noch um Millionen erhöhen.

Die wirkliche Höhe der Mittel, über die der Ernährungsminister im Laufe des Etatjahres verfügen kann, ist aber gar nicht feststellbar. Dafür sprechen die zahlreichen Titel im Etat des Ernährungsministeriums, die den Vermerk "Einnahmen aus Darlehensrückzahlungen fließen den Mitteln zu" tragen. Diese Titel, die alle der Subventionierung bestimmter Gebiete der Ernährungswirtschaft dienen, sind wegen dieser Anmerkung solange vollkommen unkontrollierbar als Nachweisungen über die tatsächliche Höhe der in sie fließenden Darlehensrückzahlungen nicht gegeben werden. Die Sozialdemokratie wird beantragen, durch entsprechende Änderungen des Etats hier endlich zu einer klaren Übersicht zu gelangen.

Schliesslich verfügt das Ernährungsministerium noch über 60 Millionen Mark aus dem Vermögen der ehemaligen Reichsgetreidestelle zu Subventionszwecken, ohne dass hierüber im einzelnen Rechenschaft abgelegt wird.

Die Folge der Undurchsichtigkeit und der Dehnbarkeit von Etats ist stets eine Verwendung der in ihnen enthaltenen Mittel zu sehr zweifelhaften Zwecken. Die Spezialität des Reichsernährungsministeriums in dieser Richtung scheint die Finanzierung von Reisen aus den unwahrscheinlichsten Ettattiteln zu sein. Jedes Ministerium hat für Dienstreisen einen Fond. Dem Ernährungsministerium genügt dieser Fond in Höhe von rund 40 000 Mark aber keineswegs. Aus einem Ettattitel, der der Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung dient, hat es im Jahre 1928 — leider stammen die letzten verfügbaren Angaben aus diesem Jahr — fast 60 000 Mark für Reisen aller Art ausgegeben. Nicht nur Beamte des Ministeriums haben Gelder aus diesen Mitteln erhalten, sondern auch Redakteure zu landwirtschaftlichen Studienreisen. Kommunalbeamte erhielten Reisegeld und eine Landwirtschaftskammer hat einen grösseren Betrag dafür erhalten, dass sie "Auswärtiges Amt" spielt und einen Sachverständigen zur Wahrung der Interessen der Landwirtschaft einer deutschen Provinz an eine deutsche Auslandsvertretung sandte. Aus den Mitteln, die der Förderung des Weinbaus dienen sollen, sind Reisen finanziert worden, deren Kosten z.T. für einzelne Beamte mehrere Tausend Mark betragen haben. Aber auch, soweit die Mittel nicht für Reisen verwendet werden, muss dahingestellt bleiben, ob ihre Verausgabung den elementarsten wirtschaftlichen Voraussetzungen entspricht. So ist z.B. das Ernährungsministerium an einer privaten Gesellschaft beteiligt, die den Zuschuss des Ministeriums zum erheblichen Teil für Autofahrten verwendet hat.

Im Etat des Ernährungsministeriums für 1930 sind auch in erheblichem Umfang Mittel zur Verbilligung der Zinssätze von Darlehen vorgesehen, die der landwirtschaftlichen Bodenverbesserung, der Förderung der Milchwirtschaft und der landwirtschaftlichen Betriebsumstellung dienen sollen. Diese Zinsver-

billigungsaktion des Ernährungsministeriums hat in den letzten Jahren zu grossen Misständen geführt. Der von den Darlehensnehmern zu zahlende Zinsfuß wird vom Ernährungsministerium erheblich gesenkt, ohne dass eine Grenze für die Höhe des dem Darlehensnehmer von der Bank abgeforderten Zinsfußes vorhanden ist. Das haben zahlreiche landwirtschaftliche Kreditinstitute in der Provinz benutzt, um sich "gesund zu machen". Ganz leicht werden hier Änderungen, auf die die Sozialdemokratie hinsteuert, nicht sein, weil die Festsetzung eines Höchstzinssatzes, bei dem gerade noch derartige Zinsverbilligungen vorgenommen werden dürften, leicht dazu führen könnte, dass auch bei einem Absinken der allgemeinen Zinssätze sich für landwirtschaftliche Kredite der Höchstzinssatz für Zinsverbilligungen als Normalzinssatz halten würde.

Wenn der Etat des Ernährungsministeriums schon früher nie an grosser Uebersichtlichkeit gelitten hat, so hat Herr Schiele noch ein übriges getan, um ihn weiter zu verdunkeln. Er hat das fertig gebracht, indem er die neu von ihm geschaffenen Ausgabenansätze zur Stützung und Bereinigung des landwirtschaftlichen Marktes aus den Mitteln des Maismonopols und zur Stützung der Schlachtviehmärkte mit einem Betrag von 6 Millionen Mark untereinander und mit dem alten Ansatz für landwirtschaftliche Betriebsumstellung in Höhe von 18,5 Millionen Mark untereinander so verbunden hat, dass die Mittel bei diesen drei Titeln sich gegenseitig decken. Wenn diese Etatgestaltung des Herrn Schiele vom Reichstag angenommen wird, brauchen wir im Ernährungsetat überhaupt keine Einzeltitel mehr. Es würde dann genügen, einen grossen Ansatz unter dem Titel "Ermächtigung zur Subventionierung der Landwirtschaft" in den Etat einzustellen. Die Sozialdemokratie wird darum beantragen, zum mindestens die gegenseitige Deckungsfähigkeit der drei Titel wieder aufzuheben, um die Uebersichtlichkeit des Etats nicht weiter zu verschlechtern und die Ermächtigungen des Ernährungsministers, die auch dann noch weit genug gehen, wenigstens in ihrem bisherigen Rahmen zu halten.

Ferner wird sie verlangen, dass die 6 Millionen Mark, die zur Stützung der Schlachtviehmärkte vorgesehen sind, aus dem Etat verschwinden, weil sie sich von dieser Ausgabe auch nicht den geringsten Erfolg verspricht. Sie wird weiter darauf aufmerksam machen, dass eine Stützung und Bereinigung des landwirtschaftlichen Marktes und die Förderung des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus den Mitteln der Reichsmaisstelle, wie sie Herr Schiele durch Einführung eines betreffenden Etattitels beabsichtigt, im Widerspruch zu der Verordnung zur Ausführung des Maisgesetzes vom 31. März 1930 steht. In dieser Verordnung, die ebenfalls von Herrn Schiele stammt, wird nämlich bestimmt, dass die Ueberschüsse der Reichsmaisstelle für eine allgemeine Senkung des Verkaufspreises für Mais im Falle einer unerwünschten Preissteigerung und zur Stützung der inländischen Getreidepreise zur Verfügung gestellt werden dürfen. Die Änderung der Zweckbestimmung der Maismonopoleinnahme zeigt deutlich das Anwachsen der agrarischen Subventionsabsichten. Die Sozialdemokratie wird hierzu einen entsprechenden Änderungsantrag stellen.

Die eigentliche Diskussion über die deutsche Agrarpolitik wird eingehend wohl erst bei der Beratung des Ostprogramms geführt werden.

SPD. Die Deutsche Luft-Hansa bezeichnet das Jahr 1929, dessen Abschluss sie jetzt vorlegt, als ein Krisenjahr. Die durch die Reichsfinanzlage gebotene Einschränkung der Reichshilfen macht sich im Rückgang der Einnahmen aus Flugdienst und Beihilfen von 30,5 Millionen Mark im Jahre 1928 auf 23,8 Millionen Mark im Jahre 1929 bemerkbar. Von diesen Einnahmen sind 16,5 Millionen Mark Subventionen. Die Einnahmen der Deutschen Luft-Hansa beruhen also noch immer zu 70 % auf staatlichen Leistungen. Berücksichtigt man die Materialverkäufe (1929 = 1,18 Millionen Mark gegenüber 1,25 Millionen Mark im Jahre 1928), so sinkt der Anteil der Reichssubvention an den Gesamteinnahmen auf 65 %.

Die gesunkenen Einnahmen machten eine Reorganisation des Unternehmens notwendig. Eine Folge davon ist, dass sich die Betriebskosten von 23,52 Millionen Mark auf 21 Millionen Mark senkten und die Handlungskosten von 2,14 Millionen Mark auf 2,02 Millionen Mark. Die Kilometerleistung im Planverkehr ging um 10,14 % von 10 Millionen Kilometern im Jahre 1928 auf 8,9 Millionen Kilometer im Jahre 1929 und bei den sonstigen Erwerbsflügen um 31,32 % von 52900 auf 363 000 Kilometer zurück. Insgesamt beträgt die Reduzierung 11,20 % (9,35 Millionen km im Jahre 1929 gegenüber 10,52 Millionen km im Jahre 1928). Die Fluggäste verringerten sich um rund 21 % von 111 000 auf 87 000, der Gepäckverkehr ging um 20 % von 868 000 auf 690 000 kg zurück. Fracht und Post steigerten sich und zwar die Fracht von 1,02 Millionen Kilogramm im Jahre 1928 auf 1,19 Millionen kg im Jahre 1929 (Steigerung = 17,2 %) und bei der Post von 317 000 kg auf 366 000 kg (Steigerung = 15,5 %). Bei der Verminderung der Passagiere ist zu berücksichtigen, dass die Kilometerleistung der reinen Passagierstrecken um 14,1 % zurückgegangen ist.

Die Senkung der Unkosten beruht hauptsächlich auf einer Drosselung der Aufträge. Die Aufträge machen bei der Deutschen Luft-Hansa für das Jahr 1929 nur 3,04 Millionen Mark aus gegenüber 11,7 Millionen Mark im Vorjahr. Für das laufende Jahr hofft die Hansa aber, Serienaufträge an die Industrie vergeben zu können. Der Personalabbau vollzog sich so, dass sich die Belegschaft von 2961 Köpfen Mitte 1928 und 2005 Köpfen Mitte 1929 auf 1815 Köpfe Ende 1929 gesenkt hat. Von dem Abbau ist das kaufmännische Personal mehr und das technische Personal weniger betroffen worden. Ueber die Ausbildung des Personals wird besonders gesagt, dass man die Wintermonate dazu benutze, um das wichtige Blindfliegen zu üben. Hinsichtlich der Fortschritte in der Flugzeugtechnik erfährt man, dass man auf dem Ausbau des neuen Siemensmotors. (eine Fortentwicklung des Bristol=Jupiter) grosse Hoffnungen setzt.

Die Sicherheit hat sich ohne Zweifel im Jahre 1929 gesteigert. Im Jahre 1926 entfiel auf 426 000 Flugkilometer 1 Flugzeugunfall mit Personenschäden, im Jahre 1927 auf 522 000, im Jahre 1928 auf 769 000 und im verflossenen Jahr auf 1,407 Millionen Kilometer. Die Regelmässigkeit des Dienstes betrug im Jahresdurchschnitt 91,2 % gegenüber 91,9 % im Jahre 1928. Der neue Betriebsstoff der I.G. Farbenindustrie (Kohlebenzin) wurde zum ersten Mal mit gutem Erfolg auf 4 Strecken verwendet. Die Abschreibungen haben sich gegenüber dem Vorjahre erhöht. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Bilanzsumme im Jahre 1928 = 37,6 Millionen Mark ausmachte und im Jahre 1929/30 = 30,6 Millionen Mark. Die Verringerung der Bilanzsumme geht vorzugsweise auf eine Schuldentilgung zurück. Der Posten Akzepte, ein Schönheitsfleck der Bilanz 1928, ist vollständig verschwunden. Die sonstigen Schulden, die für 1928 mit 8,9 Millionen Mark angegeben worden sind, reduzierten sich auf 4,8 Millionen Mark. Die Schulden sind damit auf ein Drittel zusammengeschnitten. Die Tilgung dürfte noch grösser sein, da die Schulden Mitte 1929 höher waren. Der Ueberschuss, der angesichts der Einnahmelage der Deutschen Luft-Hansa nicht viel besagen will, wird mit 14 000 Mark angegeben gegenüber 9 000 Mark gegenüber dem Vorjahr.

Die Bilanz enthält einen interessanten Beitrag zum Kapitel öffentliche Hand. Die Luft-Hansa ist im Jahre 1929 zur Selbstversicherung übergegangen. Nach Ausgleich der Einnahmen und Ausgaben verbleibt ein Ueberschuss, der in der Bilanz mit 668 000 Mark angegeben wird. Dieser Betrag wäre ohne die Selbstversicherung der Privatversicherung zugute gekommen.

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 22. Mai: I. 126 Mark, II. 113 Mark, III. 97 Mark je Zentner. Tendenz stetig.

Uneinheitlich.

(Berliner Getreidébörse vom 22.Mai)

SPD. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft scheint nunmehr endgültig entschlossen zu sein, von der ihm erteilten Ermächtigung Gebrauch zu machen, auch im Juni die Vermahlungsquote von 50 % Inlandsweizen aufrecht zu erhalten. Es sollen allerdings Lockerungen durchgeführt werden, sofern sich wesentliche Schwierigkeiten ergeben. Diese Tatsache brachte der Berliner Produktenbörse vom Donnerstag keine nennenswerte Anregung, da man mit einer derartigen Verlängerung der Vermahlungsquote bereits gerechnet hatte. Weizen lag etwas freundlicher als am Vortag. Das war aber hauptsächlich auf die festeren Ueberseemeldungen zurückzuführen. Das Geschäft blieb klein. Dagegen war das Angebot in Roggen sehr stark, sodass nur ein Teil des Materials von der Stützungsstelle aufgenommen wurde. Auch am Markte des Handelsllieferungsgeschäftes ergab sich eine uneinheitliche Tendenz: während Weizen um etwa 1 Mark anzog, ga Roggen um 1 bis 2½ Mark nach. Im Weizenmehl entwickelte sich nur kleines Bedarfsgeschäft bei ziemlich unveränderten Preisen, Roggenmehl nachgebend.

	<u>21.Mai</u>	<u>22.Mai</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	289 - 291	289 - 291
Roggen	169 - 177	169 - 177
Futter- und Industrieroggen	170 - 184	168 - 182
Hafer	151 - 161	151 - 161
Weizenmehl	32,00 - 40,25	32,00 - 40,25
Roggenmehl	22,75 - 25,75	22,50 - 25,50
Weizenkleie	8,75 - 9,25	8,25 - 9,00
Roggenkleie	8,50 - 9,50	8,50 - 9,50.

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai --, Juli 304-304½, September 268½ - 268½ Brief. Roggen Mai 117 - 176, Juli 180½ bis 179 ½ (Ge- stern 182 - 183½ - 183), September 182 - 181½ Brief. Hafer Mai 162, Juli 170-168½ Brief, September 170-169½ Brief.

SPD. Der Güterverkehr der Deutschen Reichsbahn wurde im Monat April durch die ungünstige Wirtschaftslage beeinflusst. Die Anregungen aus dem Ostergeschäft und aus dem Versand von Saatgut hielten nicht lange vor. Im Personenfernverkehr ist mit den Osterfeiertagen eine Besserung eingetreten, die jedoch hinter dem Stand des Vorjahrs zurückbleibt. Hier entschuldigt die Reichsbahn die unbefriedigende Entwicklung mit dem regenerischen Wetter, getreu ihrer bisherigen Auffassung, alles mögliche für die Verkehrsverringerung verantwortlich zu machen, nur nicht die unsinnige Fahrpreissteigerung.

Die Einnahmen belaufen sich für den Monat März auf 385,67 Millionen Mark, die Ausgaben auf 401,69 Millionen. Gegenüber dem Vormonat sind die Einnahmen um 45 Millionen Mark gestiegen. Sie blieben aber hinter dem Stand des Vorjahrs zurück. Für das neue Geschäftsjahr wird, wobei man allerdings die sehr weitherzige Abschreibungspolitik der Reichsbahn berücksichtigen muss, ein Gesamteinnahmeausfall von 130 Millionen Mark errechnet. Dadurch steigern sich die in der Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1930 durch Betriebseinnahmen nicht gedeckten Ausgaben auf 83 Millionen Mark. Auf Grund dieser Entwicklung sind die Einschränkungsmassnahmen weiter verschärft worden.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S . P . D

Nr. 38

Berlin, den 22. Mai 1930

Die moderne Türkin.^x

SPD. Noch vor zehn Jahren hätte es in Konstantinopel eine Revolution entfesselt, wenn eine Frau es verlangt haben würde, öffentlich als Richterin aufzutreten. Seit einigen Tagen ist nun auch das vom türkischen Standpunkt aus Unerhörteste eingetreten, und der Entwicklungsprozess des muselmanischen Reiches vom Mittelalter zur Neuzeit hat damit einen gewissen Abschluss gefunden. Besonders innerhalb der letzten sieben Jahre hat die türkische Frau eine Kulturentwicklung durchgemacht, die in den übrigen Ländern fast ein halbes Jahrhundert beanspruchte. Noch im März des Jahres 1918 wurde an den Mauern von Konstantinopel ein heute grotesk anmutendes Polizeidekret angeschlagen, in dem den Frauen das Tragen kurzer Röcke verboten und das Umlegen dichter Schleier vor das Gesicht zu unbedingter Pflicht gemacht wurde. Man kann sich deshalb vorstellen, welches Mass von Entrüstung es hervorrief, als wenige Jahre nach Erlass dieses Anstandsdekretes ein Muselmann mit einer jungen, unverschleierte Frau mit kurzen Haaren und kniefreiem Rock Arm in Arm am helllichten Tage durch Angora spazierte. Diese Türkin, der alle Welt mit offenem Munde nachstarrte, war Latife Hanum, eine Vorkämpferin der türkischen Frauenrechte, und der Mann, der sie unter den Arm gefasst hatte, war ihr Verlobter, Mustapha Kemal, der spätere Präsident der türkischen Republik. Der Schreck der Mucker und Spiessbürger wurde noch grösser, als die Verlobten später in europäischer Kleidung zum Standesamt gingen und sich in aller Öffentlichkeit ohne Einhaltung der muselmanischen Zeremonien trauen liessen, um so durch ein entscheidendes Ereignis jahrhundertalte Vorurteile umzustossen.

Es gab damals einen schönen Skandal. Man prophezeite den Untergang des Morgenlandes und rief Allah - sein Name sei gepriesen! - als Zeugen des Sitzenverfalls an. Aber die Umwertung aller Werte im einstigen Lande der Sultane liess sich eben nicht länger aufhalten. Die Entschleierung des Orients nahm unter Mustapha Kemal's, des "Ghazi's", Initiative einen rapiden Verlauf. Er besuchte mit seiner Frau öffentlich Restaurants, Kaffeehäuser und Theater und erklärte dem Schleier Krieg bis zur Vernichtung. Im Jahre 1923 sagte der Präsident der türkischen Republik in seiner berühmten Rede in Ineboli: "Auf der Strasse sieht man immer noch Frauen, die ihr Gesicht verschleiert tragen oder es mit einem Taschentuche verdecken, wenn ein Mann vorübergeht. Was sind das für Manieren? Es ist höchste Zeit, dass diese Unnatürlichkeiten aufhören und wir uns wie Angehörige zivilisierter Völker benehmen". Einige Tage darauf fand die historisch gewordene Abendgesellschaft für das diplomatische Korps statt, auf der zum erstenmale in der Geschichte sich die türkischen Frauen öffentlich unverschleiert zeigten.

Diesem ersten, symbolischen Siege der Neuzeit über das Mittelalter folgte weitere Umwandlungen in den Sitten der Frau des Orients. Heute, sieben Jahre später, besitzt die moderne Türkin alle Rechte, wie ihre europäische Schwester. Seit einigen Wochen steht ihr auch das Wahlrecht zu. Die Ehegesetzgebung wurde von Grund auf reformiert. Früher konnte eine Frau von ihrem Manne durch seine einseitige Verfügung verstossen werden und musste gegen Erhalt einer Abfindungssumme zu ihren Verwandten zurückkehren. Der Frau andererseits stand das Recht der Scheidung nicht zu. Auch die Kinderheirat war erlaubt. Neunjährige Mädchen konnten mit alten Männern verheiratet werden. Die Einführung

des Schweizerischen Bürgerlichen Gesetzbuches in der Türkei im Jahre 1926 machte der Stellung der türkischen Frau als Handelobjekt ein Ende. Die Vielweiberei wurde abgeschafft, das Ehealter auf siebzehn Jahre heraufgesetzt und die Ehe auch mit Nicht-Muselmanen gestattet.

Alle Berufe stehen heute der Türkin offen. Im vorigen Jahre wurde der erste weibliche Rechtsanwalt, vor wenigen Tagen zum ersten Male in der türkischen Geschichte eine Richterin bei einem Gericht in Konstantinopel zugelassen. In allen staatlichen und städtischen Aemtern, in allen Geschäften findet man weibliche Angestellte. Viele junge Mädchen studieren an den Universitäten in der Heimat oder in Berlin, Wien, Heidelberg, Paris usw. Selbst eine Reihe türkischer Aerztinnen gibt es heute schon.

Gewiss, auf dem Lande hält hier und da die Bevölkerung noch an den alten Sitten fest. Aber was will das bedeuten? Die grossen Linien sind vorgezeichnet, und sie entscheiden. Innerhalb von sieben Jahren hat die türkische Frau die Gleichberechtigung mit dem Manne erreicht. Sie ist stolz darauf und wird sich ihre Rechte nicht mehr rauben lassen.

Ist Aluminiumgeschirr gesundheitsschädlich?^x

SPD. Seitdem es gelungen ist, Aluminium wie alle anderen Bleche zu walzen und zu löten, kurz, es in jeder Weise mechanisch zu bearbeiten, hat dieses Metall einen Siegeszug durch Gaststätten und Haushaltungen angetreten, der kaum seinesgleichen hat. Mit Begeisterung nahmen die Hausfrauen die leichten, sauberen, handlichen Töpfe und Tiegel, die Pfannen und Gefässe aus Aluminium auf. Welch ein Unterschied zwischen diesen silberweiss glänzenden, appetitlich ausschauenden Gegenständen und den früher gebrauchten schweren, unhandlichen eisernen Tiegeln oder den emaillierten Töpfen, bei denen die Emaille nach kurzer Zeit sprang und absplitterte! Allerdings war der Preis der Aluminiumtöpfe vor einem Jahrzehnt noch für viele Hausfrauen unerschwinglich hoch. In den letzten Jahren jedoch trat infolge der in ungeheuren Massen in den Fabriken erzeugten Aluminiumwaren eine immer stärkere Verbilligung ein, die sich in einem mehr und mehr sich steigernden Verkauf auswirkte. Und als im Jahre 1927 das hundertjährige Jubiläum des Aluminiums gefeiert wurde - der deutsche Professor Friedrich Wöhler hatte dieses Metall im Jahre 1827 zum ersten Male aus wasserfreiem Aluminiumchlorid und Kalium dargestellt -, da konnte man mit Recht betonen, dass das nicht rostende, chemisch widerstandsfähige, die Wärme ausgezeichnet leitende Metall in vieler Beziehung hochwertiger sei als Stahl und Eisen, und dass es vor allem das moderne Metall in der Küche genannt werden dürfe. Allerdings konnte man damals zuweilen von ängstlichen Gemütern die Meinung hören, dass die alten, soliden gusseisernen Tiegel eben doch viel gesünder seien als das neumodische, leichte Zeug, das sich die Hausfrauen aufschwätzen liessen, und in manchem Haushalt wurde der Aluminiumtopf, der als Geburtstagsgeschenk oder als Weihnachtsgabe Eingang gefunden hatte, misstrauisch betrachtet und höchstens zum Abkochen von Wasser verwendet. Obwohl das Gesundheitsamt schon vor dem Kriege in einem Gutachten betont hatte, dass nicht das Geringste gegen Aufbewahrung oder Zubereitung von Speisen in Aluminiumgeschirren einzuwenden sei, tauchte doch immer wieder, wenn auch allmählich spärlicher, der durch nichts begründete Verdacht auf, dass durch Aluminiumgeschirr Erkrankungen aller Art, vor allem Vergiftungen eintreten könnten.

Dieser Verdacht ist plötzlich in der allerletzten Zeit mit einer noch nie dagewesenen Stärke wieder erwacht und hat in manchen Haushaltungen eine wahre Panik hervorgerufen. Auch in Hotels und Gastwirtschaften ist er eingedrungen, und es soll nicht selten sein, dass Gäste sich erst vorsichtig erkundigen, ob auch wirklich keine Aluminiumtöpfe verwendet wurden, bevor sie zu Mittag speisen

Und die Gründe dieser plötzlichen Unruhe und Besorgnis? Während man noch in Deutschland im allgemeinen nichtsahnend Suppen und Gemüse im Aluminiumgeschirr zubereitete, kam plötzlich von Amerika die Nachricht, dass die Zunahme gewisser häufig vorkommender Erkrankungen, so des Krebses, auf die Verwendung dieses Metalls zurückzuführen sei. Kein Wunder, dass selbst auf vage Gerüchte hin manche Hausfrau die längst zur Seite gestellten alten Tiegel wieder herbeiholte! zu gefährlich erschien ihr das Wagnis, weiterhin das geheimnisvolle Metall zu benutzen.

Dankenswerterweise hat sich nun die deutsche Wissenschaft gründlich mit dieser Frage beschäftigt und eingehende Untersuchungen angestellt, ob der Verdacht gegen das Aluminium begründet ist. Ihre Ergebnisse sind durchaus günstig für das Metall ausgefallen - nirgends wurde ein Anzeichen dafür gefunden, dass Krankheiten und Vergiftungserscheinungen mit der Verwendung des Aluminiums zusammenhängen. So hat der Dresdener Gelehrte Ragnar Berg in einer grösseren Arbeit nachgewiesen, dass in allen pflanzlichen Nahrungsmitteln mehr Aluminium enthalten ist, als durch Aluminiumgeschirr in die Speisen hereinkommen kann. Grosszügige Untersuchungen unternahm unter anderem auch der Berliner Chemiker Dr. Massatsch, der das Verhalten des Aluminiums in verschiedenen Arten von Leitungswasser in Dresden, Berlin, Bremen und im Rheinland einer genauen Prüfung unterzog und das Verhalten des Metalls beim Kochen eingehend untersuchte. Auch er kam zu einer vollkommenen Negation der amerikanischen These. Endlich möge noch das Gutachten des Krebsforschers Professor Dr. Blumenthal erwähnt werden, der ebenfalls in seiner langjährigen Praxis kein Anzeichen für irgendeinen Zusammenhang zwischen dieser furchtbaren Erkrankung und der Verwendung von Aluminium festgestellt hat und deshalb zu den gleichen Ergebnissen kam wie seine Kollegen der naturwissenschaftlichen Fakultäten. So kann man, im Vertrauen auf diese gewissenhaft und mit allen Mitteln moderner Forschung ausgeführten Untersuchungen behaupten, dass der Verdacht gegen das Aluminium jeder Grundlage entbehrt. Es bleibt noch abzuwarten, ob nicht gewisse Kreise ein wirtschaftliches Interesse an der Diskreditierung dieses so beliebten und verhältnismässig billigen Metalls haben und aus diesem Grunde die Propaganda der amerikanischen These, die sich als Bluff erwiesen hat, betreiben. Jedenfalls aber besteht kein Grund für die Hausfrau wie für die Köchin der Gaststätten und Hotels, ihr Aluminiumgeschirr, das ihr so viele Vorteile und Erleichterungen bietet, mit Vorurteilen und Misstrauen zu betrachten.

E.M.

Pariser Bälle.^x

Bal musette.

SPD. Auf dem Montmartre ist ein Vergnügungsort neben dem anderen, und eines leuchtet und lockt mehr als das andere. Zwischendurch aber findet man eine kleine, unscheinbare Türe, kaum erleuchtet. "Boule noire" ("Schwarze Kugel") steht auf einem alten, verwitterten Schild. Dort findet man nicht die Lebewelt; dort amüsieren sich die Midinetten, die kleinen Mädchen von Paris. Durch einen schmalen Eingang geht es ein paar Stufen hinunter, und wo man einen Keller glaubt, öffnet sich ein grosser, langgestreckter Tanzsaal. Die Wände sind bemalt und mit tausenden von Inschriften, Namenszügen und verschlungenen Herzen bedeckt, die die Pärchen hier in die Wand gekritzelt haben. Im Dämmerlichte schiebt sich eine undurchdringliche Menge über das Tanzparkett. Eine Jazzkapelle klappert und quietscht, und ein Sänger schreit durch ein Blechrohr die bekannten Weisen mit. Da sitzt man denn bei einem Glase Bier oder einer Limonade und flirtet. Wer sich seinen "typ" nicht mitgebracht hat, wird ihn hier schon finden. Ein paar Darbietungen unterbrechen die Tänze: ein Apachentanz;

Alles klettert auf die Stühle und erlebt die Szene lachend und Scherze rufend mit. "Nu is sie tot", sagt die Kleine, die wir hier aufgegabelt haben, und macht ein Gesicht dazu, als würde sie wirklich am liebsten Tränen vergiessen über die mit einem langen Küchenmesser erstochene Tänzerin, die sich aber bereits wieder erhoben hat und nach allen Seiten hin für den Beifall dankt. Später kommt eine kleine, freche Soubrette. Ein Orkan von Applaus empfängt sie. Wenn man durch die vielen Jargonausdrücke nicht immer versteht, was sie singt, die Bewegungen, die sie dazu macht, das Mienenspiel, all das ist so deutlich, dass man keinen Dolmetsch braucht und sich herzlich mitfreut. Sie hat etwas, diese Kleine, das man nur in Paris findet: sie ist kess mit Charme.

Gleich nach den Vorträgen kommt wieder die Hauptsache: der Tanz. Je mehr die Zeit vorrückt, desto leiser wird auf dem Parkett und in den Ecken geflüstert, desto mehr Platz hat man zum Tanzen, denn die Pärchen schmiegen sich inniger aneinander, und mehr und mehr wird die Umwelt vergessen. Wenn dann, noch später, diese kleinen Mädchen an der Garderobe stehen, ihren Hut aufsetzen und ihren Mantel anziehen, dann sehen sie fast so aus wie wirkliche Damen und benehmen sich auch so mit einem gravitätischen Ernst und einer Würde, die herzlich Spass macht....

Bal nègre.

Das ist das Bunteste an all dem vielen Bunten, das man hier sehen kann. Denn hier sind selbst die Menschen farbig. Das ist der grosse Pariser Negerball auf dem Montparnasse in der Rue Blomet. "Bal colonial" steht an der kleinen Bar angeschrieben, durch die man hindurch in den grossen Tanzsaal gehen muss. Bis auf den letzten Stuhl ist alles besetzt, und es bedarf erst langwieriger Verhandlungen, bis sich die Garderobenfrau bereit erklärt, auch noch unsere Mäntel auf das Meer zu stülpen, das sie bereits umgibt. Dann aber glaubt man in einen tollen Hexenkessel zu kommen. Eine schwarze Jazzkapelle macht infernalische Musik; eine Erbsentrommel übertönt alles. Nach dem Rhythmus dieses Getrommels schieben sich die Menschen durcheinander: schwarze, gelbe, braune, weisse. Schwarze, elegant im Abendanzug, Schwarze in einfachem Habit; schwarze Soldaten, schwarze Matrosen. Negerinnen in abendländischer Kleidung in den unmöglichsten Farben und Formen und mit unglaublich bunten Shawls und einer Menge glitzernden, billigen Schmuckes behängt, hübsche und hässliche, dazwischen ein Häuflein sensationslüsterner Weisser. Die farbigen Frauen tanzen fast nur mit Farbigen, wenigstens Sonnabends, denn dann sind die Männer der Negerinnen da. Fragt man erstaunt, warum man einen Korb erhält, dann kommt ein Lächeln von den Lippen der dunklen Schönen, und sie sagen leise: "Bitte, kommen Sie doch einmal in der Woche wieder!" - Die Neger selber tanzen am liebsten mit den weissen Frauen und suchen sich die schönsten aus. Den weissen Frauen scheint das recht gut zu gefallen, denn sie spielen zärtlich und verliebt mit den krausen Lockenhaaren ihrer schwarzen Kavaliere.

Man tanzt schon sehr früh recht "innig" hier. Mit jeder Stunde wird der Betrieb ungenierter. Bald geht alles "Backe an Backe". Die weissen Männer ziehen sich von ihrem etwas verlorenen Posten allmählich zurück; die schwarzen Herren der Schöpfung behaupten das Kampfparkett, und die Augen ihrer blonden Partnerinnen werden immer schwärmerischer. Die Negerinnen stossen schrille Schreie aus und wackeln mit den dazu bestimmten Körperteilen. Bis schliesslich alles in einen tollen Wirbel, in eine ohrenbetäubende Orgie ausartet..

Bal apache.

Die "Rue de Lappe" ist tagsüber eine ziemlich finstere Strasse in einem Bahnhofsviertel. Abends jedoch herrscht mächtiger Betrieb in ihr. Eine Kneipe ist neben der anderen, und an jeder steht "bal de famille". Das mit der "Familie" ist nicht so ernst zu nehmen; es sind Familien mehr illegitimer Art, die hier die Abende vergnüglich verbringen.

Immer schmaler wird die Gasse. Man kommt durch einen finsternen Hof; Leuchtschilder weisen nach den einzelnen Lokalen, aus denen lustiger Lärm Tanzender dringt. Die grösste Kneipe ist am hellsten erleuchtet. Ein paar Autos halten

davor. Hier rechnet man bereits mit den Fremden und den Sensationslüsternen, die hierher geführt werden, wenn sie die "Unterwelt" von Paris kennen lernen; wenn sie "Apachen" sehen wollen. Aber erst in den kleineren, in die die Fremden nicht kommen, herrscht der "richtige" Betrieb. An kleinen Tischen sitzt man in einem engen Raume rund um die Wände. In der Mitte wird getanzt. Nach dem Tanze sammelt der Wirt von jedem Kavalier fünf und zwanzig Centimes (vier Pfennige) ein. "Damen", die miteinander tanzen, haben die Ehre gratis. Die merkwürdigsten Romanfiguren stehen da aus Fleisch und Blut herum. Frauen, deren ganzes Aussehen verrät, dass sie dazu verurteilt sind, ein sehr billiges Dasein zu führen, gestalten, denen man es ansieht, dass sie die Sonne nur vom Hörensagen kennen. Untersetzt zumeist, aber trotz ihrer Plumpheit nicht ungraziös. Man tanzt im Mantel, im Hut, wie es gerade kommt. Die billigen Handtäschchen werden auch beim Tanzen nicht aus der Hand gelegt; die eine Frau hält krampfhaft einen riesenlangen Hausschlüssel fest, der ihrem Tänzer rhythmisch auf die Schulter klopft. Eine ist heute in der Untertaille erschienen und tanzt so mit. Niemanden fällt es auf. Es scheint hier das Selbstverständlichste von der Welt zu sein. Fast alle Mädels haben ebenso wie die Burschen dicke wollene Tücher um den Hals geschlungen, und wenn man mit ihnen plaudert, dann zerren sie daran und lächeln wie Kinder, die den Mund in den Finger stecken, wenn Fremde sie ansprechen.

Mannigfaltiger noch sind die männlichen Gestalten. Da ist einer ganz als Kavalier aufgemacht in einem unmöglich hellen Anzug und mit einem steifen Hut, den er kess auf die linke Seite schiebt. Alle haben sie eine Haltung, als seien sie kleine Könige. In einer Ecke entsteht ein Krach. Einer der Kavaliere streitet sich mit einem Mädels. Von Geld ist die Rede. Mehr ist nicht zu verstehen, denn die Sprache hier hat andere Formen und Worte, als man sie sonst in der Welt hört. Das Mädels zieht einen spanischen Shwal mit verachtungsvoller Miene über die Schultern und sagt Dinge dazu, die man nicht verstehen, sehr wohl aber erraten kann. Da gibt ihr der Kavalier einen kleinen Kinnhaken. Sie wankt ein bisschen und wird stumm. Das scheint alles gewesen zu sein, was erreicht werden sollte und von den Anderen auch erwartet wurde. Der Streit scheint geschlichtet zu sein. Der Kavalier lässt es sich sogar fünf und zwanzig Centimes kosten, mit dem Mädels zu tanzen. Aber es hat ihn noch nicht einmal fünf und zwanzig Centimes gekostet, denn als es ans Zahlen ging, reichte sie ihm wortlos ihre kleine, abgeschabte Tasche.

Mario Mohr.

Spanisches Reiseerlebnis.^x

SPD. Ich fuhr von Murcia nach Granada. Ich warne hiermit jedermann, ein Gleiches zu tun. Vierzehn Stunden dauert die Fahrt. In einem Schneckentempo geht es vorwärts. Die Bänke sind hart. Alles klebt von Schmutz. Ich fuhr dritter Klasse. Denn das muss man tun, wenn man in einem fremden Lande reist. Ausserdem ist erster auch nicht viel besser, aber wesentlich teurer. Sehen Sie: ich bereue nicht dritter Klasse gefahren zu sein. Von Murcia nach Granada.

Eine Frau mit einem Kind sass im Abteil. Ich las "La Nacion". Legte das Blatt dann neben mir auf die Bank. -- Da fing das Kind zu schreien an. Die Frau sah mich liebenswürdig an, fragte "Erlauben Sie?" und nahm "La Nacion". Breitete sie, ohne meine Antwort abzuwarten, auf dem Fussboden aus. Knöpfte dem noch immer schreienden Kinde die Hose auf. Setzte es auf die Zeitung. Halten Sie sich die Nase zu, lieber Leser, wie ich es tat!

Als "es" geschehen war, packte die Frau "La Nacion" an den vier Enden graziös an, drehte die Ecken zusammen, sodass eine Art Papierbeutel entstand und diesen wie eine Handgranate zum Fenster hinaus. Dann fing sie an, sich eine

Apfelsine zu schälen, natürlich nicht, ohne mir davon anzubieten....

Es wäre ungerecht, zu verschweigen, dass die Frau schön wie eine Madonna von Murillo war.....

K.M.

SPD. Vielweiberei in China.^x Kürzlich wurde ein reicher Chinese zu drei Jahren Gefängnis verurteilt, weil er sich für den ansehnlichen Preis von 3000 Dollar eine dritte Frau genommen hatte. Diese Nachricht wird manchem "chinesisch" vorkommen. Von der Vielweiberei in China hat man eigentlich bisher wenig gehört. Aber schon zu des Konfuzius Zeiten war es einem Manne gestattet, mehrere Frauen zu nehmen. Als vornehmste Pflicht eines Mannes galt es nämlich, einen Erben zu hinterlassen. Gebar die Frau nur Töchter, so nahm sich ihr Mann eine zweite oder dritte Frau, um von seinen Keksweibern einen Sohn zu bekommen. Schliesslich artet diese Sitte in eine üble Angewohnheit aus, und die Zahl der Nebenfrauen wurde nur beschränkt durch das Einkommen des Mannes. Vor allem waren es die höheren Beamten, aber auch die Offiziere des chinesischen Heeres, die sich den Luxus mehrerer Frauen leisteten. Es war durchaus nicht ungewöhnlich, dass jemand, um seinen Vorgesetzten zu irgendeinem persönlichen Zwecke zu beeinflussen, diesem ein hübsches junges Mädchen zum Geschenk machte. Manche reichen Chinesen schufen sich geradezu einen Harem, und der berühmte Räuberhauptmann Chang-chung-chang hatte nicht weniger als fünfzehn Keksweiber! Der unheilvolle Einfluss dieser Unsitte äusserte sich in sozialen Misständen aller Art. Mehrfach wurden höhere Beamte in peinliche Skandale verwickelt, und so wird von aufgeklärten chinesischen Frauen gegen das Keksweibertum ein heftiger Kampf geführt. Einen Verbündeten haben die Frauen in dem General Han-fu-chu gefunden, der die Vielweiberei mit empfindlichen Freiheitsstrafen belegt.

SPD. Französisches Preisausschreiben für Schullesebücher.^x In Frankreich hatte kürzlich eine Vereinigung einen Preis ausgeschrieben für das beste Schullesebuch für Kinder. Es gingen sehr viele Bewerbungen ein, und es wurden eine ganze Zahl von Preisen verteilt. Den ersten in Höhe von 5 000 Francs erhielt Richard Avil, den zweiten von 3 000 Francs Gaston Dumoulin, den dritten in Höhe von 2 000 Francs eine Frau, Madame Marie Nabert. Die Schaffung möglichst mustergültiger Schullesebücher, die auch der neuen Zeit Rechnung tragen, dürfte jedenfalls als eins der zweckmässigsten und nachahmenswertesten Ziele von Preisausschreiben zu gelten haben.

SPD. Er braucht sich nicht zu opfern.^x Nach einer alten englischen Sitte küsst der Pastor die Braut. Nelly erklärt: "Ich will nicht vom Pastor geküsst werden". Der Pastor teilt ihr daraufhin mit: "In diesem Fall ermässigt sich die Traugebühr um fünf Schilling".

SPD. Wandel der Zeiten.^x Das altmodische Mädchen, das aus Bauchbinden von Zigarren Aschenbecher fabrizierte, hat jetzt eine Tochter, die den Teppich zum Aschenbecher macht.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D

Berlin, den 22. Mai 1930.

Einer und das Paar.^x

SPD. In einer engen, ewig grauen Gasse wohnte der Klavierspieler Franz Nagel. Drei Stockwerke hoch, nach hinten heraus, lag seine Kammer. Er war kein Begnadeter. Trotzdem war ihm die Musik alles: Lebenszweck und Liebste. Seine Eltern waren früh gestorben, Geschwister hatte er nicht; von Verwandten hatte er nie etwas gehört. Ohne Liebe war er gross geworden. Schon als Kind - er gehörte zu den vorzeitig ausgereiften - hatte er vielfach unter den Erwachsenen tuscheln hören, ihm wäre besser gewesen, er hätte die Welt nicht gesehen, Er war ein hässlicher Mensch. Auf langen, dünnen Beinen schleppte er seinen missgestalteten Oberkörper. Tief zwischen den breiten, hochgezogenen Schultern ruhte ein grosser, fast unbeweglicher Kopf. Zwei senkrechte Falten begrenzten seitlich den grossen Mund, der schief nach dem rechten Uhr hinauf das blasse Gesicht furchte. Wenn Franz Nagel unter Leuten war, verschärften sich die drei Striche im Gesichte so, dass es schien, als wäre es aus drei ungleichen Stücke zusammengesetzt. Beim Sprechen stach ein einziger gelber Zahn gegen die Oberlippe, die sich dann noch mehr gegen das Ohr hob. Die Kinder, auch die Leute seiner Gegend, nannten ihn den Kapuzenmann, weil er nie, sogar an heissen Sonnentagen, anders als in einer graugrünen Pelerine gesehen wurde.

Franz Nagel litt unter seiner Ungestalt. Er fühlte sich nicht als Mensch: Die Menschen sahen weg, wenn er seinen Weg ging. Er fühlte sich nicht als Tier: Ein Tier sucht und findet, wenn seine Zeit gekommen ist, das andere Geschlecht. Franz Nagel war ein Nichts. Das wusste er; er verschloss sich den Menschen, gewöhnte sich daran, sie zu hassen, sich selbst zu zermartern an dem Bewusstsein seiner Überflüssigkeit.

Montags und Donnerstags war Franz Nagel frei. Dann spielte er am eigenen Klavier. Fern vom Dunste der Kneipen, losgelöst von den leichtfertigen Rhythmen der Schlager griff er mit seinen langen, stockdünnen Fingern in die Tasten. Aus abgegriffenen Noten, die er billig bei einem Lumpenhändler erstanden hatte spielte er. Sonaten von Beethoven waren es, die ihn hinaushoben über das Grau seines Daseins, die ihn hineinrissen in das Spiel der Gefühle.

Ein milder Frühsommerabend war herabgekommen. Mehr als sonst sehnten sich die Menschen nach Zweisamkeit. Das grosse Drängen der Jahreszeit strömte heiss durch das Blut jeglicher Kreatur. Auch in Franz Nagel pulste Unruhe. Zu den Martern, die schon sein Bedürfnis geworden waren, gesellte sich die unbändige Sehnsucht nach dem Weibe. Mächtig kam sie über ihn wie bei einem gesunden Menschen. Er floh an das Klavier. Fieberwirr griff er über die Tasten. Beethoven war ihm nichts in solchen Stunden; der war ein ganz anderer. Sich selbst spielte er; sein Träumen, seine Hast, seine Verworrenheit, sein wildes Begehren, Akkorde schwellen und ebten ab. Erschöpft horchte er den verzitternden Klängen nach. Lange sass er und starrte vor sich hin. Und als wie aus der Tiefe eines Traumes das Erwachen kam, fand er, dass es drückend schwül war in seiner Kammer. Er trat an das niedrige Fenster, lehnte sich weit hinaus und atmete den leisen Duft ferner Lindenblüte.

Milde, helle Sternennacht war herabgedämmt. Schwach nur kam der Lärm der Strasse herauf. Aber nahe, ganz nahe war dunkles Geflüster. Dem ging er mit seinen Augen nach. Zwei junge Menschen sah er auf einem Balkon, der eigent-

lich das Dach eines am Nebenhause angebauten Wagenschuppens war. Blumengerank lief rundherum. Ein Paar war es. Die Frau sass auf dem Schoss des Mannes und hatte leicht den Arm über seine Schulter gelegt. Franz Nagel sah auf die jungen Menschen herab und hatte Freude an dem Bilde. Aber dann brach ein Verlangen aus ihm heraus. Er fuhr zurück; ihm war, als müsste das Paar ihn bemerken. Dennoch zog es ihn wieder ans Fenster. Starr, lauernd wurde sein Blick. Aus dem Geflüster der Beiden sprang verhaltenes, glockenhelles Kichern herauf. Beinahe kindlich gebärdete sich das Paar. Franz Nagels Augen lösten sich von den Blumen, die das Paar umgab. Sie umfingen die Gestalt der Frau; sie suchten die Brust; sie bohrten sich in den Schoss. Weiter beugte er sich hinaus. Brennende Gier frass in seinem Körper. Das Paar küsste sich. Franz Nagel stöhnte auf. Sein Herz setzte aus und jagte dann wieder in tollen Sprüngen. Die roten Blumen, die vom dämmernden Nachthimmel matt erhellt wurden, leuchteten dunkel herauf. Das lichtblaue Kleid des jungen Weibes und die braune, etwas entblöste Schulter spielten in den zarten Zusammenklang der Farben hinein, und um alles wob sich die liebliche, sinnbetörende Frühsommernacht.

Da fuhr Franz Nagel zurück von diesem Bilde. Er strich über seine heisse Stirn und beruhigte die Augen an der Dunkelheit der Kammer. Fest presste er die Lippen zusammen. Er fühlte, dass es niedrig war, was in ihm tobte. Niedrig! Das Wort lag ihm im Munde. Bitter war es. Stunden, Monate, Jahre zuckten in ihm auf. Kein Wechsel, kein Licht war je über ihn gekommen; kein klar gehendes Gefühl hob ihn auch nun hinaus über diesen Aufruhr. Jedes Wesen hätte er in diesem Augenblick an sich reißen können; nur ein Weib musste es sein. Unwillkürlich spreizte er weit die Arme und holte sie brünstig an sich. Er sah nach dem Manne. Jeden Mann hätte er nun töten mögen, weil er ein Mann, weil er sein Feind war im Kampf um das Weib. Zorn zuckte um seinen Mund. Eine Eifersucht stand in ihm auf. Die drängte ihn, hinunter zu springen. Er riss sich zurück. Irgendeinen Gegenstand ergriff er, doch der entfiel seiner Hand, bevor er ihn noch recht umklammert hatte.

Und wieder starrte er auf das Paar hinab, das nun nicht mehr sprach. Still war es über den Dächern. Die dunkelroten Blumen wiegten sich im Lüftehauch. Lang und tief atmete Franz Nagel. Das Blut ebte ab; leer wurde es in ihm, immer leerer, und er wusste nicht mehr, ob er noch war. Oder waren nur Sinn und Verstand gestorben? Dann musste es schön sein jenseits der Sinne, jenseits des Verstandes.

Als Franz Nagel wieder zu denken anfing, war nur noch das eine in ihm: Nicht Mensch, nicht Tier. Wie ein Metallblock, der ihn niederzog, lag das in ihm. Er schloss die Augen. Die wundersame Stille der Nacht floss wie ein milder, kühler Strom in ihn hinein. Er glitt langsam vornüber und glaubte zu schweben. Ein Hindernis fühlte er irgendwo. Er stiess es zur Seite. Nun, nun war es gut. Er schwebte wieder. Alles erschien ihm leicht und licht.

Es geschah ein kratzendes Geräusch an der Mauer, und drei Stockwerke tief, unten im Dunkel des Hofes, dröhnte dumpf der aufschlagende Körper.

Paul Behlau.

SPD. Au, verflucht!^X "Der Direktor der Commerzbank sucht sich immer die hübschesten Stenotypistinnen raus".

"Ja, deshalb haben sie seine Bank auch schon die "Komm, Herz!"-Bank genannt....!"

Bernhard Shaws Börsentip.^x

SPD. Wer weiss etwas über die Existenz des polnischen Schriftstellers Florin Sobjenovszky? - Wohl nicht viele, trotzdem er in London lebt und - ein besonderer Grund, um bekannt werden zu müssen - ein guter Freund Bernhard Shaws ist, dessen Werke er ins Polnische übersetzt. Shaw verehrt seinen polnischen Freund ganz ausserordentlich, und da dieser aus seiner schriftstellerischen und Übersetzer-Tätigkeit nur ein sehr kümmerliches Leben zu fristen vermag, so gibt Shaw seinen Freundschaftsgefühlen dadurch Ausdruck, dass er Sobjenovszky - auf seine Weise - unterstützt. Die Art, in der er seinem Freunde aus den pekuniären Nöten hilft, schaut so aus:

Wenn Shaw irgendwohin verreist, sendet er Sobjenovszky einen Haufen Ansichtskartengrüsse, die der polnische Dichter - im Übereinkommen mit Shaw - an amerikanische Sammler verkauft. Diese Shaw-Ansichtskarten haben an den Sammlerbörsen einen regelrechten Kurs: Wenn auf der Ansichtskarte nichts weiter steht als "Herzliche Grüsse von Bernhard Shaw", so zahlt man 20 Pfund Sterling (400 Mark) dafür; wenn hingegen darauf ein geistreicher, echter Shaw-Ausspruch steht, so kann man auch 40 Pfund dafür erzielen. Man merkt also, dass dieses eigenartige Freundschaftsverhältnis für Sobjenovszky ein handgreifliches Kapital, eine ernste Unterstützung bedeutet.

Eines Tages, als der englische Dichter wiederum von London abwesend war, bekam Sobjenovszky von ihm einen Brief folgenden Inhalts: "Mein lieber Freund! Ich glaube, Sie werden gut daran tun, wenn Sie die in Ihrem Besitze befindlichen Shaw-Autogramme und -Ansichtskarten schnellstens nach Amerika verkaufen; da sie momentan einen guten Kurs haben. Ich habe nämlich allen Grund, zu fürchten, dass sehr bald eine furchtbare Baisse auf meinem Autogramm-Markt eintreten wird, und möchte Ihnen deshalb wärmstens empfehlen, den Warenvorrat beizeiten an den Mann zu bringen. Mit herzlichsten Grüssen Ihr Bernhard Shaw."

Sobjenovszky verstand den Witz und antwortete auf den Brief folgendermassen: "Mein lieber Herr Shaw! Sie werden es mir nicht übel nehmen, wenn ich Ihnen diesmal keinen Glauben schenken kann. Ich glaube nicht, dass vorläufig von einer Baisse im Kurse der Shaw-Autogramme die Rede sein könnte. Ich hoffe vielmehr, dass diese noch 20 Jahre nach Ihrem Tode an Wert beträchtlich zunehmen werden, und möchte deshalb Ihre wertigen Autogramme lieber in meinem Besitze bewahren."

Darauf erwiderte Shaw: "Liebster Freund, Sie spekulieren katastrophal schlecht. Warum überschätzen Sie in Ihrem jugendlichen Leichtsinne, dass Sie fast 50 Jahre jünger sind als ich? Ich könnte Gift darauf nehmen, dass ich Sie zumindest um 20 Jahre überleben werde."

Nach dieser ernstesten Drohung sah sich Sobjenovszky veranlasst, seinen englischen Freund eine Antwort zu geben, die in der ganzen Affäre am trefflichsten geknallt hat: Er verkaufte diesen ganzen Briefwechsel einem Autographensammler für 200 Pfund Sterling.

-osi.

SPD. Unlösbares Rätsel.^x "Herr Lehrer, waren alle Tiere im Garten Eden vorhanden?"

"Ja natürlich".

"Waren auch Motten da?"

"Selbstverständlich".

"Was haben denn die gefressen? - Feigenblätter?"

Das Ausgabebuch eines Handwerksgelesen.*

SPD. In einem alten Buche fand ich vor einiger Zeit ein vergilbtes Blatt mit schwer lesbaren Schriftzügen und Zahlen, das sich bei näherer Prüfung als Fragment eines alten Ausgabebuches erwies. Die darin befindlichen Aufzeichnungen reichen vom Montag vor Katharinentag (25. November) 1567 bis zum 15. Februar 1568 und stammen offensichtlich, wie auch aus ihrem Inhalt hervorgeht, von der Hand eines noch jugendlichen Mannes. Die Schriftzüge erscheinen steif und ungeübt, und die Worte, mit denen er den Beginn des neuen Jahres begrüsst, und seine guten Vorsätze zum Ausdruck bringt, lehnen sich in mühsamer Nachahmung eng an die Vorlagen zum schön- und Kunstschreiben an, die damals in den Schulen ebenso gebräuchlich waren, wie sie es heute noch sind.

Es wird nicht ohne Interesse sein, an der Hand dieses sorgsam geführten Verzeichnisses die Ausgaben eines Handwerksgelesen aus der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts kennen zu lernen. Der wiederholt darin erwähnte Ausdruck "kleppfelnacht" bezieht sich auf die Nächte vom Andreastag (30. November) bis zum Nikolaustag (6. Dezember), die in manchen Gegenden Deutschlands "Klöpfelnächte" genannt werden. Die damalige Geldwährung berechnet sich nach Batzen, Kreuzern, Pfennigen und Hellern, und zwar besteht der Batzen aus vier Kreuzern, der Kreuzer aus vier Pfennigen und acht Hellern.

Die Aufzeichnungen, bei denen die willkürliche, aber trotzdem leicht verständliche Schreibart jener Zeit beibehalten ist, lauten folgendermassen:

Am Montag vor St. Katherina in dem Bad gewest 5 pf. und nach dem Bad verzert 5 pf.

Am Freytag nach khaterina 7 batzen für holtz.

Am sonntag vor S. Andretag 7 heller für wein.

An s. Andreastag und an der kleppfelnacht $\frac{3}{4}$ wein für $\frac{1}{2}$ batzen.

Am reytag nach S. Andrea 5 pf. die schuch ze flickhen.

Am Sonntag nach S. Andrea 7 heller für wein.

Am montag nach S. Andrea 1 heller an einen presthaften geben.

Ann der lesten kleppfelnacht nach dem nachtesen $\frac{1}{2}$ mass wein verthan für 4 pf.

Am sonntag nach Nicolaj 4 pf. für wein.

Am sonntag vor S. Thomaetag (21. Dezember) 4 pf. für wein.

Am S. thomaetag $\frac{2}{8}$ für 2 pf.

Am donerstag vor dem Christtag in dem bad gewest 5 pf. und nach dem bad 2 pf. für wein.

An dem heiligen tag 8 pf. verzert.

An dem sonntag darnach hat mein meister beid magistros zu gast gehalten, hab ich $\frac{1}{2}$ mass wein verzert für 7 heller und zu nacht $\frac{1}{4}$ wein für 3 heller.

Am montag morgen zu tisch $\frac{1}{4}$, nachts auch $\frac{1}{4}$ für 7 heller.

Volgt mein ussgeben uff 1568 jar.

Gott welle, dass ich wol solichs anlege.

An dem neuen jar verzert 6 pf.

Am sonntag morgen $\frac{1}{4}$ wein für 2 pf., nachts $\frac{1}{4}$ wein für 3 heller.

An der heiligen 3 kunigttag (6. Januar) morgen und nachts $\frac{1}{2}$ mass für 7 heller.

Am sonntag nach 3 regum (Dreikönigentag) morgen und nachts $\frac{1}{2}$ mass für 7 heller.

Den 12. Januarii 8 pf. die schuch zu flickhen.

Den 16. Januarii 7 pf. zu waschen.

Den 17. Januarii $\frac{1}{2}$ mass wein für 7 heller.

Am sonntag vor Pauli bekehrung (25. Januar) $\frac{1}{2}$ mass für 7 heller.

An montag für brenten (gebrannten) wein 1 pf.

Am sambstag 1 batzen für kertzen.

Am Sonntag nach Pauli Bekehrung $\frac{1}{2}$ Wein für 7 Heller.

An unser Frauen Tag Lichtmess (2. Februar) $\frac{1}{4}$ für 2 pf. hat mein Meister
Gäst (Gäste) gehabt.

Am Sonntag nach Lichtmess $\frac{1}{2}$ Wein für 7 Heller.

Am Montag hat mich mein Hauswirth zu Gast gehalten.

Am Sonntag vor der Herren Fasnacht $\frac{1}{2}$ Wein für 7 Heller.

Den 15. Februar 5 pf. dem Scherer.

Wie man aus diesem Verzeichnis sieht, war der junge Mann, der hier über seine
Ausgaben auf Heller und Pfennig Rechnung führt, in jenen seligen Zeiten, da
ein Viertel Wein 2 oder 3 Pfennige kostete, einem guten Trunk nicht abgeneigt.
Befremdend wirkt bei dieser Aufstellung nur, dass er sich vom Katharinentag,
dem 25. November, bis zum 15. Februar nur ein einzigesmal die Haare schneiden
liess, sodass wir ihn uns im wahren Sinne des Wortes als "Jüngling in locki-
gem Haar" denken können.

Dr. Karl Hauck.

Nazi-Kampflied.

Mutig steigt der nationale
Rowdy in die Khakischale,
Schürt die Brust mit Heldenmut.
Weh dem Feinde, dem wir grollen!
Ein Kommando zieht zum "Rollen".
Heute noch verspritzt sein Blut.

Ha, wir sind die wackern Scharen,
Die die Reichsbelange wahren.
Wir sind Hüter deutscher Art.
Und mit Schlagring, Messer, Knüttel
Spielen wir den Rachebüttel- - -
Nazi - Nazi, werde hart!

Heimlich, sachte und verstohlen,
Schleichen wir auf leisen Sohlen.
Gruppe X. - zieht aus zur Jagd.
- - Messerstiche in die Lunge,
Und dann: türme, türme, Junge.
Wenn der Gegner kaltgemacht!

Unser Weg zeigt rote Flecke.
Mancher ging schon um die Ecke,
Doch ist fern das Ziel noch - ach!
Mancher schimpft uns grob "Sadisten".
Nazis sind wir - Sozialisten - - -
Träger der Kultur, erwacht'!

Woll'n wir weiter ruhig stehen,
Müssig diese Schande sehen,
Trifft uns mit die Schuld daran.
Dass der Mord ein Ende finde,
Freiheit sich dem Recht verbünde,
Sei dein Kämpfen, Arbeitsmann! - -

Walter Schirmeier.

Schwierige Verständigung.^x

SPD. Nicht nur den Ausländern in München, Kiel und Königsberg ist das Leipziger Sächsisch ein böhmisches Dorf. Es kommt sogar vor, dass die Leute in der Messestadt sich gegenseitig nicht verständigen können und aneinander vorbeireden. Etwa so:

"Gee scheenes Weddr heide!"

"Neeh, Rejn wärmr griechn!"

"Nu freilich griechn de Rejnwärmr..."

"Neeh, 'ch meene doch: Rejn wärmr griechn!"

"Na naderlich griechn die! Die wärn doch nich fliechn! Das gennse doch garnich!"

"Nu neeh doch, das habb'ch cha ooch gar nich behaubded! 'ch wollde saachn, dass mr heide Rejn griechn wärn!"

"Ach, soo hamse's gemeend... Da gennse Rächd ham... Cha, Rejn gommd bestimmd; awr was 'ch Sie noch saachn wollde: Heide gommd ge Gewiddr..."

"Wer iss'n Gege?"

"Neeh, chäzzd ham Sie mich nich vrschdandn; 'ch saachde ähm: Heide gommd ge Gewiddr!"

"Nu zum Deibl, wer iss'n der Gege, der de widrgommd? Den genn 'ch doch gar nich! 'ch genn doch sonst ä cheedn!"

"Neeh doch, neeh, 'ch genn'n doch ooch gar nich! 'ch wollde bloss in allr Bescheidnheid saachn, dass mr heide woll nich mid ä Gewiddr wärn zu rächn ham; dadrzu issis zu giehle!"

"Ah, chäzzd hab' 'ch's gabbiard: Ae Gewiddr begommr heide nich, meense?"

"Richdj: Heide gommd ge Gewiddr!"

"Neeh, awr Rejn wärmr griechn..." - -

Wer jetzt noch nicht genug hat, kann wieder von oben zu lesen beginnen.

Homo.

SPD. Neue Berylliumfunde.^x Die Aufdeckung des Berylliumlagers in Steiermark hat auch in Oberösterreich zu Nachforschungen Anlass gegeben, die von Erfolg gekrönt waren. Bewohner der Neumarkter Gegend im unteren Mühlviertel, in der Nähe von Freistadt, wussten, dass von alters her in diesem Bezirke Berylliumfunde gemacht werden. Die Hauptfundstätte sind die Felder von Zissingsdorf. Das Mineral tritt zwar nicht offen zutage, sondern ist meist in dem dort häufig vorkommenden Granitgestein eingesprengt; hier finden sich Feldspatkristalle, bis zu 10 cm Länge; kieselensäurereiche Gänge, sogenannte Pegmatite; durchziehen mitunter das Granitgestein. Eine Eigentümlichkeit ist die Erscheinung, dass Quarze, Feldspate und Glimmer nicht fein untereinander vermengt sind; sie bilden jedes für sich sogenannte Nester. Ausserdem finden sich dort vielfach andere Minerale, wie Turmalin, und in Zissingsdorf eben auch Beryllium in schöner, bleistiftdicker Kristallisation von unreiner, meist grünlicher Färbung. Die Funde beschränken sich bisher auf die in den Feldern aufgeschütteten Findlingsgesteine. Die Annahme ist gerechtfertigt, dass das erwähnte ausgedehnte Granitgestein sehr reich an Beryllium ist.

Deutscher Reichstag

170. Sitzung vom 22. Mai 1930.

SPD. Die zweite Beratung des Reichswehr-Etats wird fortgesetzt.

Abg. Brüninghaus (DVP): Nicht Kadavergehorsam, sondern freie Disziplin war die Stärke des alten Heeres, Kastengeist gab es nicht darin. Soldatenmisshandlung bekämpfen auch wir. Die Besserung ist zahlenmässig erwiesen, ebenso bei den Soldatenselbstmorden, die noch auf Wirren und Nöte der Nachkriegszeit zurückzuführen sind. Alle Streichungsanträge lehnen wir ab. Andere Staaten denken gar nicht daran, abzurüsten, trotz aller Verständigungsreden. Die Zerstörung von Flughallen usw. im besetzten Gebiet knapp vor der Räumung und 12 Jahre nach dem Krieg, sowie die ganze Hetze gegen Deutschland in Frankreich können nicht jene versöhnliche Stimmung hervorrufen, die Herr Briand doch zur Verwirklichung von Paneuropa braucht, das übrigens nur die französische Vorherrschaft verewigen soll. Die Rede des Sozialdemokraten Schöpflin zeigt, dass der Wille zur Entpolitisierung der Wehrmacht in der Sozialdemokratie seit ihrem Magdeburger Programm erfreuliche Fortschritte gemacht hat. Wegen der angeblichen Zusammenhänge zwischen der Reichswehr und der Roten Armee sollte sich Herr Schöpflin bei dem vorigen Reichskanzler erkundigen, der doch die Politik bestimmt hat; Dr. Leber hat ja schon unter der Kanzlerschaft Herrmann Müllers auf diese Behauptungen hingewiesen. Wir sehen eine Teilnahme von Sowjet-Offizieren an den Reichswehrmanövern nicht gern. (Beifall bei der Deutschen Volkspartei)

Abg. Dr. Külz (Dem): Die Macht des Rechts ist das Ziel der Friedenspolitik. Aber kein Staat kann seine Machtmittel aufgeben. Wir sind für einen stabilen Reichswehretat auf einem niedrigeren Niveau als jetzt. Wir lehnen die erste Rate für das Panzerschiff B ab und wollen ein Bauprogramm auf 10 Jahre, damit wir nicht immer von den einzelnen Bauvorhaben überrumpelt werden. Der Beamtensstab der Reichswehr und der Marine ist viel zu gross. Die Reichswehr muss als Berufsheer ein Volksheer sein, in dem der Offizier sozial fühlt (Heiterkeit bei den Kom.) und der einfache Mann Aufstiegsmöglichkeiten hat.

Abg. Francois (Wirtsch.Pt.): Alle Wehrmöglichkeiten sollen ausgeschöpft werden, denn sie können nur zur Verteidigung, nicht zum Angriff dienen. Der Gedanke muss dem Volk erhalten bleiben, wenn es nicht untergehen soll. Wir sind aber für altpreussische Sparsamkeit im Wehretat angesichts der Wirtschaftsnot. Wir bitten, möglichst viel Freiwillige aus dem ehemals besetzten Gebiet in die Reichswehr aufzunehmen, die die besten Soldaten sein werden, weil sie den Feind im Land gesehen haben. Die Preise der Monopol-Munitionsfabriken müssten auf die Differenz mit den Gesteungskosten geprüft werden. Das Reichswehrministerium ist der grösste Immobilienhändler in Deutschland; hat es auch die Sachkenntnis dazu? Wir bitten, in Grenzstädten die Garnisonen zu belassen, die die Wirtschaft dieser Städte stützen. Die Heeresfachschulen vernachlässigen die praktische gegenüber der glänzenden theoretischen Ausbildung. Anstelle der Geldabfindungen sollte allen ausscheidenden Reichswehrsoldaten Beamtenstellen gegeben werden. Handwerkersöhne sind der geeignetste Nachwuchs für das Heer und die Heereswerkstätten.

Der Redner spricht schliesslich noch lang und breit für die Berücksichtigung der Handwerker bei Heereslieferungen. Er wird von den Deutschnationalen wiederholt mit missbilligenden Rufen wie "Unfug", "Aufhören" unterbrochen.

Abg. v. Lindeiner-Wildau (Chr.Nat.): Beim Wehretat zeigt sich deutlicher als bei anderen Gelegenheiten, dass das Deutsche Reich noch immer nicht im Vollbesitz seiner Souveränität ist. Der Rahmen der deutschen Wehrmacht ist durch den Versailler Vertrag wesentlich enger gezogen als das, was die deutschen Sozialdemokraten in der Vorkriegszeit in ihrem Programm gefordert haben.

Wir sind gezwungen, ein Berufsheer zu halten, obwohl dieser Begriff der deutschen Art wesensfremd ist. In dieser Reichswehr lebt aber ein Geist, auf den wir stolz sein können. Die Reichswehr muss von allen politischen Einflüssen freigehalten werden. Für sie darf es nur eine Autorität geben, den Inhaber der legalen Staatsgewalt. Ein Parlamentsheer würde leicht zu einer Prätorianergarde werden. Wir verschliessen uns nicht dem Gedanken, dass es wünschenswert wäre, durch überstaatliche Schiedsinstanzen die Geissel des Krieges aus den Auseinandersetzungen der Nationen auszuschalten. Zu den jetzt bestehenden überstaatlichen Instanzen haben wir aber nicht das Zutrauen, dass sie in Streitfällen eine gerechte Entscheidung ohne Ansehen des Gegners treffen und durchführen würden. Auch die Sozialdemokraten sollten sich zu dem Grundsatz bekennen, dass die Möglichkeiten des Versailler Vertrages in der Wehrmacht ausgeschöpft werden müssen. Der Sozialdemokrat Noske hatte als Wehrminister mit allen Kräften für die Aufrechterhaltung des 200 000 Mann-Heeres gekämpft. Das neue Panzerschiff brauchen wir, um in Konfliktsfällen die Verbindung mit Ostpreussen auf der Ostsee zu sichern. Diese Ausgabe gehört zum Osthilfsprogramm. Etwas anderes wäre Frontaufbau, ohne die Etappe zu sichern. Unsere über 40 Jahre alten Kriegsschiffe sind geradezu eine Gefahr für unsere Marine-soldaten. Wir würden es begrüßen, wenn durch die Annahme eines Marine-Ergänzungsprogramms diese Dinge dem alljährlichen Streit der Parteien entzogen würden.

Abg. Loibl (Bayer.VP.): Einschliesslich Versorgung der neuen Wehrmacht sind die Heeresausgaben wieder um 47 Millionen höher, als im Vorjahre, sie sind überhaupt dauernd gestiegen. Die Lohmann-Affäre hat den Glauben an die Sparsamkeit beim Heer erschüttert. Das Steuersenkungsprogramm kann am Wehretat nicht vorübergehen. Der finanzielle Erfolg der Durchprüfung des Wehretats durch den Reichssparkommissar hat ungeheuer enttäuscht. Der Kopf der Heeresleitung ist viel zu gross. Die Landbefestigungen im Osten sind 1927 in Paris vereinbart worden. Im Wehrkreis III sollen eine ganze Anzahl neuer Generäle ernannt worden sein, wobei andere Offiziere übergangen und pensioniert worden sind.

Reichswehrminister Groener:

Meine Bemerkungen über den Völkerbund haben nur eine Tatsache festgestellt und waren nicht spöttisch. Die Reichswehr kann nie ein Angriffsheer sein, aber sie kann fähig sein, unsere Grenzen zu schützen, wenn wir die Möglichkeiten des Friedensvertrags ausschöpfen. Nur dann ist ein Einschreiten des Völkerbundes möglich, denn er wird keine Fesseln lösen, die wir uns freiwillig anlegen lassen. Unsere Fesseln haben uns gelehrt, das Beste aus den beschränkten Möglichkeiten zu machen; unser Panzerschiff A gilt zugestandenermassen als Beispiel für die ganze Welt. Gegenüber dem Abg. Schöpflin stelle ich fest, dass meine Erklärung im Kabinett, ich nehme die Streichungen von 1929 nur an unter der Bedingung, dass sie 1930 wieder aufgehoben werden, protokollarisch festgehalten ist. Auch die Streichkommission der Regierungsparteien war damit einverstanden, bitte nur Herrn Dr. Hilferding zu fragen. (Zuruf und Unruhe, Lachen) Dem Abg. Schöpflin war bei seinen Äusserungen über probolschewistische Tätigkeit der Reichswehr anscheinend selbst nicht ganz wohl. Er weiss genau, dass ich jeder kommunistischen Tätigkeit in der Reichswehr schärfstens entgegen-trete. Die Bevorzugung von Offizieren bei der Ausgabe von Unterstützungen werde ich beseitigen. Vorgekommene Misshandlungen sind stets durch gerichtliche Aburteilung gesüht worden; im letzten Jahre sind keine schweren Misshandlungen mehr vorgekommen. Den Mannschafts- und Offiziersersatz behalte ich dauernd im Auge, wir bemühen uns, Misstände abzuschaffen, aber man muss doch zugeben, dass das jetzige Verfahren sich bewährt hat. Einzelne Übelstände darf man nicht verallgemeinern. Unsere Grundstücksverkäufe werden nur mit Zustimmung des Finanzministers vorgenommen. Dem, was Abg. von Lettow-Vorbeck über die Jugend gesagt hat, stimme ich durchaus zu. Die Erhaltung des Wehrwillens im Volk und

in der Jugend halte ich für eine der wesentlichsten Aufgaben des Reichs und der Wehrmacht. (Der Minister zählt die Massnahmen zur Militarisation der Jugend in Russland, Italien, Frankreich, Polen, Tschechoslowakei, Schweiz, England und in den USA auf, wo sie nach des Ministers Meinung besonders gut ist und in Ausbildungslagern erfolgt.) Auf den Panzerkreuzer B werde ich beim Marinestab eingehen.

Es sind die hohen Kosten für das Ministerium bemängelt worden. Mir wäre es am liebsten, ich hätte ein ganz kleines Ministerium, meine Erfolge als Feldeisenbahnchef führe ich darauf zurück, dass an der Spitze nur eine ganz kleine aber höchst energische Leitung stand. Das Ministerium fand ich sehr gross vor, ich betreibe die Verminderung, aber dazu gehört auch die Übertragung vieler Arbeiten auf die unteren Behörden. Die Aufnahmeprüfungen für die Seeoffiziers- und Ingenieurslaufbahn werden so gestaltet, dass sie mit Grundschulbildung bestanden werden können. Leuten aus dem besetzten Gebiet geben wir Erleichterungen. Mit den Wünschen nach der Berücksichtigung des Mittelstandes bei Heeresaufträgen werden bei mir offene Türen eingemacht.

Abg. Ritter v. Epp (Natsoz.): Der Wehrwille des deutschen Volkes ist von diesem Staat seit 12 Jahren untergraben worden. Es tut uns leid, dass wir Nationalsozialisten als Vorkämpfer des deutschen Wehrwillens (Zuruf der Komm: ..in München auf dem Bauch herumgerutscht sind) dem Reichswehrminister das Misstrauen aussprechen müssen. Die Nationalsozialisten, die vom Minister aus dem Heer auf die Strasse geworfen wurden, haben sich nichts zuschulden kommen lassen. Die Vorwürfe gegen sie entsprechen nicht den Tatsachen. Die Aufforderung zu Denunziationen und die Verhaftung von Offizieren sind klägliche Kampfmethoden. Ich würde nicht darüber sprechen, wenn wir uns einer Schuld bewusst wären. (Unruhe links). Ich bitte den Minister um Auskunft, was die vor zwei Monaten begonnene Untersuchung erbracht hat. Was sollten wir für Beweggründe haben? (Heiterkeit links. Zuruf: Ach wie harmlos! Da steckt das alte Ammenmärchen vom Putsch dahinter. (Zuruf des Abg. Litke (Soz.): Und 1923?) 1923 war eine andere Situation; fragen Sie nur einmal beim Reichswehrministerium danach. (Heiterkeit) Bei uns suchen die Soldaten geistigen Anschluss (Gelächter links). Denn sonst: zu bieten haben wir ihnen gar nichts. (Gelächter und ironischer Beifall links). Bei Ihnen will man sich nur das Portemonnaie füllen. (Lärm links. -Zuruf: Unverschämtheit.) Wir brauchen ein Heer, um das sich ein künftiger Staat als sein Rückgrad gruppieren kann - nichts kann uns also ferner liegen, als dieses Heer zersetzen zu wollen. Es war dasselbe Nichtkennen der Seele und der Struktur des Heeres beim Reichswehrminister, der ihn im November 1918 zu jenen verhängnisvollen Ratschlägen veranlasste, die unser Schicksal herbeigeführt haben, durch Einsetzen von Soldatenräten usw. Im Juni 1919 war es General Gröner, dessen Ratschläge die Mehrheit der Nationalversammlung bewogen, dem Schandfrieden von Versailles zuzustimmen. Immer sind Grönners Ratschläge zum Unglück Deutschlands ausgegangen. (Gegenrufe links) Was ich sage stütze ich auch auf das, was Noske mir gesagt hat. Wie kann man unsere Heeresausgaben noch herabdrücken wollen zu Gunsten der Tributleistungen! Welches vom Himmel kommende Ereignis soll das alles wenden? (Zuruf der Soz.: Fricks Schulgebete werden schon helfen! - Heiterkeit) Es freut uns, dass das Kabinett den systematischen Bau von Panzerschiffen beschlossen hat, doch sollte man den Beginn nicht noch hinausschieben. Wir danken den Offizieren und Mannschaften der Flotte, die jetzt im Ausland das deutsche Ansehen beben. (Hurra! links)

Abg. Künstler (Soz.):

Abg. v. Lindeiner-Wildau hat sich gegen uns auf Scheidemann und Noske berufen. Bei der knappen Zeit erwidere ich nur: Was vor 10 Jahren vielleicht richtig war, braucht heute nicht mehr notwendig und richtig sein. Ein Land mit 3 Millionen Erwerbslosen, mit einer kaum zu schildernden Wohnungsnot und einer

trostlosen Finanzlage hat dringendere Aufgaben, als die Ausgaben für Heer und Marine endlos zu steigern. — Die meisten Redner der bürgerlichen Parteien haben dem Reichswehrminister Dank und Anerkennung gezollt. Ich muss ein herbes Wort der Kritik sprechen. Im Haushaltsausschuss habe ich am 6. Mai den Reichswehrminister gefragt, warum die vor 2½ Jahren aufgedeckte Kieler Munitionsschiebung noch immer eine restlose Klärung nicht erfahren hat. Eine Antwort darauf ist im Ausschuss nicht gegeben worden. Es ist nicht das erste Mal, dass das Reichswehrministerium sich in Schweigen hüllt; wenn eine Sache der Bendlerstrasse brenzlich wird, dann glaubt Herr Gröner, wie sein Vorgänger Dr. Gessler berechtigt zu sein, dem Reichstag die Aufklärung vorenthalten zu dürfen. Natürlich zieht das Volk daraus seine richtigen Schlussfolgerungen (Sehr wahr! links) — Fast in jedem Jahr ist wenigstens ein Fall bekannt geworden, dass höhere Offiziere sich führend an Dingen beteiligt haben, die aussenpolitisch der deutschen Republik schaden, und wo ausserdem mit dem Geld des deutschen Steuerzahlers Geschäfte gemacht wurden. Nur in den allerseltensten Fällen ist restlose Aufklärung erfolgt, sodass an der Glaubwürdigkeit und sogar an der Ehrlichkeit des Reichswehrministeriums starke und wachsende Zweifel entstanden sind. Man braucht nur an das volks- und staatsfeindliche Verhalten vieler Offiziere seit 1919 zu denken, an den Phöbus-Skandal, an das Feldjägerkorps und die Feldbefestigungen, an die Kieler Schiebung usw. Schon vor 2½ Jahren hat Minister Gröner versprochen, in dem Kieler Fall strengstens und schnellstens durchzugreifen. Bisher ist keine Klärung erfolgt, und es tauchten berechtigte Zweifel auf, ob überhaupt jemals der Öffentlichkeit die reine und lautere Wahrheit über diesen Fall gesagt werden wird. Es muss der Verdacht entstehen, dass man an der Verschleppung der Sache sehr interessiert ist. (Zustimmung links) Am 10. Februar 1928 sagte der Minister, es handle sich um eine ganz gemeine und gewöhnliche Schiebung, die vor den Staatsanwalt gehöre, und dass er sich freuen würde, wenn alle die Kerle, die nunmehr Deckung hinter anderen Personen suchen, rücksichtslos hervorgeholt und bestraft würden. Was sich im Kieler Fall abspielte, ist dazu angetan, das im Volk vorhandene Misstrauen ausserordentlich zu stärken. Die Versicherungen des RWM haben noch nie in hohem Kurswert gestanden. Wollen Sie, Herr Minister, dazu beitragen, dass Ihre Versicherungen ebenso eingeschätzt werden, wie die des Dr. Gessler? Als Sie vor 2 Jahren Ihr Amt übernahmen, haben Sie uns zugerufen, dass Sie die Verantwortung tragen. Nun frage ich weiter: Ist es richtig, dass ein deutscher Reichswehroberst das Truppenamt in Moskau besucht hat und dass zu Ehren des Reichswehrgenerals von Hammerstein in Moskau ein Bankett gegeben worden ist, an dem auch Kriegskommissar Wroschilow teilgenommen hat, sowie die obersten Kommandeure der Roten Armee, und bei dem als zweiter Ehrengast der mit dem Orden der Roten Fahne geschmückte Max Hölz dem Reichswehrgeneral gegenüber sass?

Die Angriffe des kommunistischen Abg. Kippenberger auf uns sind lächerlich. Das Verhältnis zwischen der Reichswehr und dem Sowjet-Militär ist viel freundlicher, als die Kommunisten wahr haben wollen. Das hat sich auch bei dem Besuch der russischen Ostseeflotte im August 1929 in Swinemünde in den Freundschaftsreden des russischen Admirals Rall und des deutschen Admirals Dawitsch gezeigt. (Sehr richtig! Unruhe der Kom.) Gestern hat zum ersten Mal im Reichstag die Frau Abg. Reese eine gewisse Aktivität entfaltet und recht unpassende Zurufe gegen meine Fraktion gerichtet. Die antimilitaristische Gesinnung der Frau Reese und ihre Unterschrift für den Misstrauensantrag gegen Minister Gröner wundert uns sehr, zumal sie sich seinerzeit bei meinen Kollegen Schöpflin und Keil über ihre Nichteinladung zur Probefahrt eines neuen deutschen Kreuzers beschwert hat. (Heiterkeit). Trotz aller Schimpferei und Verleumdungen der Kommunisten steht fest, dass die Beziehungen zwischen der deutschen Wehrmacht und dem Sowjet-Militarismus so freundschaftlicher Natur sind, wie sie zwischen deutschen Sozialdemokraten und Kommunisten niemals

gewesen sind und niemals sein werden. (Sehr richtig! bei den Soz. und Kom.)
Vom Reichswehrminister erbitte ich im Auftrag meiner Fraktion Aufklärung
über die Kieler Munitionsschiebung. (Lebh. Beifall der Soz.)

Abg. v. Troilo (Dnat.) begründet Anträge auf Erhöhung einzelner Titel
des Haushalts.

Reichswehrminister Gröner:

Die Ausführungen des Abg. Künstler zu der Kieler Munitionsschiebung sind
unerhört. Er fällt ein Urteil, ohne die Bemühungen und Beweggründe des RMM
zu kennen und greift in ein noch schwebendes Verfahren ein. Das gerichtliche
Verfahren werden wir bis zur letzten Instanz durchführen. Ist jemand in der
Wehrmacht schuldig, so werde ich auf das rücksichtsloseste einschreiten,
auf das allerschärfste weise ich zurück, dass wir das Verfahren verschleppt
hätten. Das Gegenteil ist richtig. Gegen die Verzögerung habe ich mit allen
Mitteln gekämpft und bin dabei auf die merkwürdigsten Widerstände gestossen,
die aber nicht in meinem Ministerium liegen. Ich bedauere auf das tiefste,
dass Abg. Künstler Dinge berührt hat, von denen er genau weiss, dass ich ihm
auf diesem Wege nicht folgen kann. Dieses Verhalten des Angehörigen einer
bis vor kurzem zur Regierung gehörenden Partei bezeichne ich als den Gipfel
der Verantwortungslosigkeit. (Stürmischer Protest der Soz. und Rufe "Unver-
schämtheit").

Abg. Künstler (Soz.): Der Minister hat kein Recht, sich zu empören,
denn es ist seine Pflicht, die Fragen eines Abgeordneten im Ausschuss, und
wenn nicht dort, so im Plenum zu beantworten. Hätte er das im Ausschuss ge-
tan, dann wäre dieser Zwischenfall vermieden worden. Wenn Sie sich weiter
ausschweigen, so werde ich weiter meine Pflicht tun und das sagen, was im In-
teresse des Volkes und der Republik gesagt werden muss. (Lebh. Beifall d. Soz.)

Um 20½ Uhr vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 15 Uhr; ausse-
dem Ermächtigungsgesetz betr. Kapitalsteuern.

Preussischer Landtag

SPD. Berlin, den 22. Mai (Eig. Ber.)

Am Donnerstag begann im Preussischen Landtag die dritte Lesung des Gesamttats für 1930. Einleitend wurde eine grosse Anfrage der Deutschnationalen über das Vorgehen der Regierung gegen Beamte, die sich am Volksbegehren beteiligt haben, beantwortet.

Ministerpräsident Dr. Otto Braun:

Meine Ausführungen im Hauptausschuss vom 5. Mai, dass sich die Regierung vom Staatsgericht nicht daran hindern lassen werde, auch gegen Beamte vorzugehen, die sich am Volksbegehren lediglich durch Einzeichnung beteiligt haben, falls sie es für notwendig erachten würde, haben dem Staatsministerium keine Veranlassung gegeben, darüber eine Entscheidung herbeizuführen. Ausführungen, die ich im Parlament mache, habe ich nur vor diesem zu verantworten. Das Kabinett in seiner Gesamtheit entscheidet nur bei Meinungsverschiedenheiten seiner Mitglieder. Solche sind aber in der hier zur Erörterung stehenden Angelegenheit bisher nicht zu Tage getreten.

Meine Äusserung hat weder die Achtung vor Gesetz und Rechtsprechung verletzt, noch hat sie das Gefühl der Rechtssicherheit erschüttert. Zur Entscheidung über disziplinarisch zu ahndendes Verhalten von Beamten sind nach dem Gesetz lediglich die dafür vorgesehenen Instanzen, d. h. die Vorgesetzten und die unabhängigen Disziplinargerichte zuständig.

Das Urteil des Staatsgerichtshofes vom 19. Dezember vorigen Jahres fordert in mehrfacher Hinsicht die Kritik heraus, sodass eine richterliche Nachprüfung durchaus erwünscht wäre. Freilich ist es nicht richtig wenn behauptet wird, der Staatsgerichtshof habe den Kläger voll Recht gegeben und gegen die Staatsregierung entschieden. Wenn aber der Staatsgerichtshof schliesslich zu dem Urteil gekommen ist, dass die im Art. 130 Absatz 2 der Reichsverfassung den Beamten gewährleistete Freiheit ihrer politischen Gesinnung das Recht umfasse, sich bei einem zugelassenen Volksbegehren, ohne Rücksicht auf dessen Inhalt, einzutragen und beim Volksentscheid abzustimmen, so ist mit dieser Entscheidung der Staatsgerichtshof nach meinem Dafürhalten über seine Zuständigkeit hinausgegangen. (Sehr wahr! links. Lachen rechts.)

Es muss beachtet werden, dass die ganze Klage sich gegen eine Ministerrede, die den Beamten amtlich zur Kenntnis gebracht war, richtete. Es muss zu ganz unmöglichen Konsequenzen führen, wenn der Staatsgerichtshof sich als Zensurbehörde aufzutun wollte über Reden, die die Minister im Parlament halten. Aber es liegt nun einmal auf der Linie des Strebens des Staatsgerichtshofs, mangels fester gesetzlicher Umgrenzung seiner Zuständigkeit diese Zuständigkeit im weitgehendsten Masse auszudehnen.

Ich will hier nicht Beispiele anführen. Ich erwähne nur jene Entscheidung über die Klage der Preussischen Staatsregierung gegen die Reichsregierung die die Verfassungswidrigkeit des Gesetzes über die Biersteuervorentscheidung an Bayern zum Gegenstand hatte. Dort entschied der Staatsgerichtshof die Klage im Sinne der Klägerin und sprach aus, dass das Gesetz verfassungswidrig sei, setzte sich sodann aber an die Stelle des Gesetzgebers und erliess wie ein x-beliebiges Amtsgericht eine einstweilige Verfügung, wonach die Reichsregierung, die in dem verfassungswidrig erklärten Gesetz festgesetzte Summe weiter zu zahlen hätte, was dazu geführt hat, dass jetzt seit Jahr und Tag auf Grund des für verfassungswidrig erklärten Gesetzes jährlich 45 Millionen aus der Biersteuer vom Reiche an Bayern gezahlt werden. (Hört! Hört! bei den Soz.)

Im vorliegenden Falle bewegt sich der Staatsgerichtshof auch in der Entscheidung der Frage der Aktivlegitimation der Klägerin in merkwürdigen Widersprüchen. Nach der geltenden Rechtsauffassung sollen nur an der Gesetzgebung beteiligte Organe, aber nicht einzelne Personen oder Personengruppen berechtigt sein, beim Staatsgerichtshof Verfassungsstreitigkeiten anhängig zu machen. Der Staatsgerichtshof hat auch zugegeben, dass eine einzelne Fraktion keine Befugnis habe, an Stelle des Landtags das Staatsministerium zu beaufsichtigen; die deutschnationale Fraktion könne sich auch nicht darauf berufen, dass sie die Rechte der Deutschnationalen Partei angehöriger Beamten wahrnehme, da es sich hier um Einzelpersonen handelt. Logischerweise hätte auf Grund dieser Auffassung der Staatsgerichtshof also die Klage abweisen müssen. Er hat das nicht getan, sondern schliesslich die Klageberechtigung der Fraktion deshalb bejaht, weil die Deutschnationale Volkspartei als Mitträgerin des Volksbegehrens ein berechtigtes Interesse an dessen ungehinderter Durchführung habe und da die genannte Partei eine preussische Landesorganisation nicht besitze, die Landtagsfraktion als solche angesehen werden müsse.

Diese Darlegung ist rechtlich höchst anfechtbar. Bedenklich ist auch die Entscheidung, dass der Beamte sich ohne Rücksicht auf den Inhalt eines zugelassenen Volksbegehrens stets einzeichnen dürfe. Das kann zu den unmöglichsten Konsequenzen führen. Man halte sich nur vor Augen, ein von Herrn Kube abgefasstes Volksbegehren wäre von dem Minister Frick zugelassen: dann soll es allen Beamten frei stehen, ohne Rücksicht auf den Inhalt des Volksbegehrens, dieses zu unterzeichnen, d.h., zu unterstützen? Das müsste zu einer völligen Untergrabung der für eine geordnete Staatsverwaltung unerlässlichen Disziplin der Beamtenschaft führen und den Staat selbst in der verhängnisvollsten Weise gefährden.

Unter diesen Umständen hält sich die Staatsregierung geradezu für verpflichtet, den eingeleiteten Verfahren ihren Fortgang zu geben. Sie hätte auch, wenn sie es für zweckmässig gehalten hätte, auch Verfahren gegen solche Beamte einzuleiten, die sich lediglich eingezeichnet haben, sich keiner irgendwie gearteten Rechtsverletzung schuldig gemacht. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Steinhoff (Dtn.) erklärt im Namen seiner Fraktion, dass die Ausführungen des Ministerpräsidenten das Misstrauen seiner Freunde gegen ihn noch vertieft haben. Seine Nichtachtung vor dem Spruch des obersten Staatsgerichtshofes untergrabe die Rechtssicherheit. Seine Politik sei eine Verteidigung des Parteibuchstandpunktes. Nach seinen Leistungen sei Braun völlig ungeeignet zum Ministerpräsidenten. Seine Fraktion werde ihm deshalb das Gehalt nicht bewilligen.

Abg. Dr. Hamburger (Soz.):

Dass das alte Sprichwort "In der Kürze liegt die Würze" nicht immer zutrifft, hat die eben gehörte Rede bewiesen, die aber wohl keine Erschütterung des Preussischen Kabinetts bringen wird. Im Gegensatz zum Vorredner ist es für uns eine Gemugtuung, dass der von der Regierung unter Führung von Otto Braun eingebrachte Etat trotz der schwierigsten Situationen jetzt unmittelbar vor der Verabschiedung steht.

Wir stellen weiter mit Befriedigung fest, dass die in Preussen von uns gestellte Forderung der restlosen Bereitstellung der Rückflüsse aus den Hauszinssteuerhypotheken für den Wohnungsbau im Reiche durch die Lex Lipinski verwirklicht wurde. Trotz der finanziellen Notlage ist der Etat durch Bereitstellung von 15 Millionen für den Grenzfonds verbessert und durch Erhöhung der Mittel für die Kinderspeisung, die Grenztheater und für den Ausbau von Volksbüchereien nach der sozialen Seite hin erweitert worden. Wir sind weit entfernt davon, befriedigt zu sein. Aber wir haben es hervor in einem Zeitpunkt, in dem z.B. Thüringen die Erwachsenenbildung auf der ganzen Linie ab-

baut. (Hört! Hört! bei den Soz.)

Leider war die Bilanzierung des Etats nicht ohne Erhöhung der Grundvermögenssteuer möglich. Dennoch war diese Massnahme noch die sozialste Art des Ausgleichs. Berücksichtigt man dagegen die viel grösseren Schwierigkeiten, in denen sich z.B. Bayern befindet, so erscheint das Vorgehen der Deutschnationalen sachlich vollkommen verständnislos. Die Erhöhung der Steuer hat ihre Ursache nicht in preussischen Verhältnissen, sondern in der allgemeinen Wirtschaftsdepression und in dem für Preussen ungerechten Finanzausgleich, den der Ministerpräsident in Bezug auf die Biersteuer bereits gekennzeichnet hat, und der uns insgesamt 85 Mill. Mark jährlich entzieht. Stünde uns diese Summe zur Verfügung, so wäre die Steuererhöhung überflüssig gewesen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Die von den Deutschnationalen oft geäusserte Sorge um die gleichartige Zusammensetzung der preussischen und der Reichsregierung erscheint als eine politische Selbstlosigkeit ohnegleichen, wenn man bedenkt, dass sie selbst nicht in der Reichsregierung sitzen. Tatsächlich sind ja in allen Freistaaten die Regierungen anders zusammengesetzt als die Reichsregierung. Und dennoch haben die Deutschnationalen hier vor kurzem einem Auflösungsantrag der Wirtschaftspartei nicht zugestimmt. Diese Zurückhaltung hat der "Völkische Beobachter" ein Glanzstück politischer Feigheit genannt und eine Unterstützung der jüdisch-marxistischen Diktatur in Preussen durch die Jammerpartei der Pantoffelhelden. Wir gratulieren den Deutschnationalen herzlich zu diesen Bundesgenossen im Ausschuss für das Volksbegehren. (Heiterkeit!)

Die wahren Gründe für diese Zurückhaltung hat einer der prominentesten deutschnationalen Führer in Preussen, Herr von Kries, in einem Artikel niedergelegt. Er ist der Auffassung, dass Preussenwahlen ohne gleichzeitige Reichstagswahlen wegen der Wahlmüdigkeit des Bürgertums unzweckmässig sind, da sie doch nur eine Stärkung der marxistischen Parteien bringen würden. Demnach kann doch wohl die Erbitterung über die marxistische Diktatur im Lande nicht so gross sein, wie es die Rechtsradikalen hier immer wieder behaupten. Man fürchtet also eine Stärkung der Sozialdemokratie! So viel Wahrheit in so wenigen Worten ist bei Deutschnationalen selten. Wir heben diese Tatsache gebührend hervor. (Sehr gut! bei den Soz.)

Würden übrigens die Parteien, die wie die Deutschnationalen und die Volkspartei hier in Preussen über den Missbrauch des Parteibuches jammern, einmal in Thüringen die von ihnen dort geduldete Parteiwirtschaft des Nationalsozialisten Frick kritisch unter die Lupe nehmen, sie hätten jahrelang zu tun und Stoff zu reden. (Sehr wahr! bei den Soz.)

An die Adresse des Justizministeriums sei folgende Bemerkung gerichtet. Der Grundsatz der Anciennität ist in fast allen preussischen Ressorts überwunden, nur im Justizministerium noch nicht. Das führt zu unhaltbaren Zuständen. Der Stahlhelmführer Düsterberg hat in seiner Rede in Bezug auf das vom Innenminister Grzesinski erlassene Stahlhelmverbot von diesem behauptet, er sei das ausführende Organ des Feindbundes und habe sich das Kreuz der Ehrenlegion verdient, das er sich auf den Frack heften möge, damit er von einem Oberkellner zu unterscheiden sei. Für diese Unflätigkeit wurde Düsterberg zu 500.-Mark Geldstrafe verurteilt, die von der Berufungsinstanz noch auf 150.-Mark ermässigt wurde. Hier vermissen wir die strafende Hand des Justizministers. Bei solchen Zuständen wird der Grundsatz der Anciennität zur Karrikatur. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Zum Schluss fordert der Redner für die Verteilung der Osthilfe die Einschaltung Preussens, von dem zuerst die Anregung dazu ausgegangen ist. Darauf habe Preussen ein Anrecht, da es von 1924 bis 1929 weit über eine Milliarde für den Osten zur Verfügung gestellt habe. Die Osthilfe dürfe unter keinen Um-

ständen einseitig einzelnen Berufszweigen, wie nur dem Grossgrundbesitz, zugute kommen. Auch der notleidenden Arbeiterschaft des Ostens müsse geholfen werden. Die Osthilfe sei schliesslich nicht dazu da, nur verkrachten Grossgrundbesitzern, denen sonst nicht mehr zu helfen wäre, zugute zu kommen.

Der Redner weist schliesslich noch darauf hin, dass bisher Preussen der Hort der Republik gewesen ist. In dieser Stellung könne sich die Reichsregierung, wie immer diese auch zusammengesetzt sein möge, jederzeit auf Preussen stützen, wenn sie vielleicht sehr bald in die Lage kommt, in Thüringen zupacken zu müssen. (Lebhafter Beifall! bei den Soz.)

Abg. Verhülsdonk (Ztr.) weist auf die Schwierigkeiten hin, unter denen der Etat zum Ausgleich gebracht werden musste. Das Zentrum begrüsse den Grenzfond, bekämpfe aber die Absichten der Rechten, mit ihm politische Geschäfte zu machen. Das Berliner Selbstverwaltungsgesetz möge man bis zur allgemeinen Reform zurückstellen, um dieser nicht durch eine Sonderregelung vorzugreifen. Seine Fraktion sei zur grossen Koalition bereit, die schon da sein könne, wenn nicht die Volkspartei ihre Forderungen überspannt hätte.

Abg. Jendrosch (Komm.) macht die Regierung und die sozialdemokratische Fraktion für die Verelendung der breiten Massen verantwortlich.

Abg. Stendel (D.V.P.) bedauert die abfällige Kritik des Ministerpräsidenten gegenüber dem Urteil des Staatsgerichtshof. Eine solche Kritik fördere nicht die Staatsautorität. Dem Zentrum gegenüber müsse sich die Deutsche Volkspartei schon vorbehalten, selbst zu bestimmen, unter welchen Umständen sie in die Regierung eintrete. Das milde Urteil gegen den Stahlhelmführer Dusterberg wegen Beleidigung des Innenministers Grzesinski sei bedauerlich. Ein anständiger Mensch habe das Recht zu verlangen, auch als solcher behandelt zu werden.

Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff bittet einen Antrag der Volkspartei, der das Budgetrecht des Landtages wahren will für die vom Reich für die produktive Arbeitslosenfürsorge, für den Grenzfonds und für die landwirtschaftlichen Fonds überwiesenen Mittel, dem Hauptausschuss zu überweisen.

Abg. Riedel (Dem.) fordert Reichs- und Preussenregierung auf, bei den Verhandlungen über das Saargebiet keine preussischen Rechtsansprüche aufzugeben.

Abg. Kohrt (W.P.) behauptet, dass die Deutschnationalen nur aus Furcht vor ungeheuren Mandatsverlusten den Auflösungsantrag der Wirtschaftspartei abgelehnt hätten. Seine Partei sei in die Reichsregierung eingetreten, um die deutsche Wirtschaft und den Mittelstand wieder aufzurichten, nachdem dort der verhängnisvolle Einfluss der Sozialdemokratie ausgeschaltet worden sei. Auch in Preussen müsse die jetzige sozialistische Regierung so schnell wie möglich durch eine bürgerliche ersetzt werden.

Hierauf wird die Beratung abgebrochen. Das Haus vertagte sich um 5½ Uhr auf 6½ Uhr abends. Die Weiterberatung soll in einer Nachtsitzung stattfinden.

Landtag-Stimmungsbild.

SPD. Berlin, den 22. Mai (Eig. Ber.)

Auf der Tagesordnung der Donnerstag-Sitzung des Landtags stand als einziger Punkt die dritte Lesung des Gesamthaushalts für 1930.

Zu Beginn der Besprechung beantwortete Ministerpräsident Otto Braun eine grosse Anfrage der Deutschnationalen. Der Ministerpräsident hatte im Hauptausschuss erklärt, dass sich die Regierung, falls sie es für notwendig hält, auch nicht vom Staatsgerichtshof daran hindern lassen werde, gegen solche Beamte vorzugehen, die sich beim Volksbegehren eingezeichnet haben. Die Deutschnationalen hielten eine solche Äusserung für eine Brückierung des Staatsgerichtshofes und wollten wissen, wie sich die Regierung dazu stellt. Der Ministerpräsident fertigte die neugierigen Fragesteller kurz und bündig mit dem Hinweis ab, dass er Ausführungen, die er im Parlament macht, mit voller Verantwortlichkeit nur vor diesem zu vertreten habe. Das Kabinett in seiner Gesamtheit entscheide nur bei Meinungsverschiedenheiten seiner Mitglieder. Solche seien aber in der hier zur Erörterung stehenden Angelegenheit nicht zu Tage getreten. Darüber hinaus nahm der Ministerpräsident Gelegenheit, an dem Urteil des Staatsgerichtshofes vom 19. Dezember vorigen Jahres scharfe Kritik zu üben. Zweifellos ist der Staatsgerichtshof über seine Zuständigkeit hinausgegangen, wenn man beachtet, dass die Klage sich gegen eine Ministerrede richtete, die den Beamten amtlich zur Kenntnis gebracht wurde. Es muss schliesslich zu ganz unmöglichen Konsequenzen führen, wenn der Staatsgerichtshof sich als Zensurbehörde über Reden etabliert, die Minister im Parlament halten.

In der Aussprache wiederholte Abg. Steinhoff (Dtn.) zum hundertsten Male, dass die Politik des Ministerpräsidenten die Deutschnationalen mit tiefem Misstrauen erfülle. Er schloss mit der finsternen Drohung, dass man ihm das Gehalt nicht bewilligen werde. Dann hob Abg. Dr. Hamburger für die sozialdemokratische Fraktion hervor, dass der von der Regierung unter Führung von Otto Braun eingebrachte Etat trotz der schwierigen Situation unmittelbar vor der Verabschiedung stehe. Seine Bilanzierung sei leider nicht ohne Erhöhung der Grundvermögenssteuer möglich gewesen. Immerhin sei diese Massnahme als die sozialste Art des Ausgleichs anzuerkennen. Schliesslich habe die Erhöhung der Steuer ihre Ursache nicht in spezifisch preussischen Verhältnissen, sondern in der allgemeinen Wirtschaftsdepression und in dem für Preussen ungerechten Reichsfinanzausgleich, der Preussen jährlich ungefähr 85 Millionen Mark entziehe. Die Steuererhöhung wäre überflüssig gewesen, hätte Preussen diese Summe zur Verfügung gehabt.

Der sozialdemokratische Redner setzte sich dann mit der deutschnationalen Opposition auseinander, die kürzlich einen Auflösungsantrag der Wirtschaftspartei abgelehnt hat. Dafür musste sie sich von ihren völkischen Brüdern politische Feigheit vorwerfen und die Jammerpartei der Pantoffelhelden nennen lassen. Die "Zweckmässigkeitsgründe" für diese Haltung habe indessen einer der prominentesten Führer der Deutschnationalen in Preussen, Herr v. Kries, in einem Artikel näher bezeichnet. Er sei nämlich der Auffassung, dass Preussenwahlen ohne gleichzeitige Reichstagswahlen wegen der Wahlmüdigkeit des Bürgertums nur eine Stärkung der marxistischen Parteien bringen würden. Nach dieser Erläuterung des Verhaltens der Deutschnationalen könne also die Erbitterung im Lande über die "marxistische Diktatur in Preussen" doch wohl nicht so gross sein, wie es die Rechtsradikalen immer wieder behaupteten. Diese Resignation sei wohl der beste Beweis für die vollkommene politische Hoffnungslosigkeit der Deutschnationalen.

In einer Abendsitzung wurde die Debatte fortgesetzt. Es kamen verschiedene Redner der bürgerlichen Parteien zu Wort. Weiterberatung Freitag.